

**73. Sitzung, Montag, 14. November 2016, 8.15 Uhr**Vorsitz: *Rolf Steiner (SP, Dietikon)***Verhandlungsgegenstände****1. Mitteilungen**

- Antworten auf Anfragen Seite 4796
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 4797

2. Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2015

Antrag des Regierungsrates vom 11. Mai 2016 und
Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 25. August 2016

Vorlage 5274a Seite 4797

3. Genehmigung des Jahresberichts der Universität für das Jahr 2015

Antrag des Regierungsrates vom 30. März 2016
und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 25. August 2016

Vorlage 5262a Seite 4808

4. Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule»

Antrag des Regierungsrates vom 29. Juni 2016 und
geänderter Antrag der Kommission für Bildung
und Kultur vom 27. September 2016

Vorlage 5294a Seite 4828

Verschiedenes

- Fraktionserklärung
- Fraktionserklärung der EDU zum Web-Angriff auf die Initiative «Schutz der Ehe» Seite 4827

- Rücktrittserklärungen
 - Rücktritt aus dem Kantonsrat von Johannes Zollinger, Wädenswil Seite 4859
 - Rücktritt aus der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) von Martin Haab , Mettmenstetten Seite 4859
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 4860

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Rolf Steiner: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Rolf Steiner: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf folgende Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 231/2016, Restriktives Ressourcenmanagement bei Sonderschulen seit 2009
Monika Wicki (SP, Zürich)
- KR-Nr. 234/2016, Tücken und Lücken bei der Hundedatenbank
Erika Zahler (SVP, Boppelsen)
- KR-Nr. 236/2016, Fragen rund um die Kantonsapotheke Zürich
Bettina Balmer (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 254/2016, Werbung auf den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen des ZVV
Felix Hoesch (SP, Zürich)
- KR-Nr. 258/2016, Steuererklärungen juristischer Personen
Walter Meier (EVP, Uster)
- KR-Nr. 267/2016, Tier und Umweltschutz im Kanton Zürich
Max Robert Homberger (Grüne, Wetzikon)
- KR-Nr. 268/2016, Inventar der Denkmalschutzobjekte im Kanton Zürich
Orlando Wyss (SVP, Dübendorf)

- KR-Nr. 273/2016, Street Parade – wie weiter?
Erich Vontobel (EDU, Bubikon)
- KR-Nr. 292/2016, Pikettenschädigung für die Wochenbettbetreuung durch frei praktizierende Hebammen
Monika Wicki (SP, Zürich)
- KR-Nr. 303/2016, Ausstieg der SBB aus der Zusammenarbeit mit lokalen Dritt-Verkaufsstellen
Benedikt Gschwind (SP, Zürich)
- KR-Nr. 324/2016, Umsetzung der Änderung im Asylgesetz (AsylG)
René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 72. Sitzung vom 24. Oktober 2016, 8.15 Uhr

2. Genehmigung des Jahresberichts der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2015

Antrag des Regierungsrates vom 11. Mai 2016 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 25. August 2016

Vorlage 5274a

René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon), Präsident der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG): Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hat gemäss Paragraph 49d des Kantonsratsgesetzes und Paragraph 7 über das Fachhochschulgesetz den Auftrag, die Oberaufsicht über die Zürcher Fachhochschule ZFH auszuüben, bestehend aus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Die ABG hat den Rechenschaftsbericht geprüft und stellt dem Kantonsrat Antrag.

Aufgrund der vorgelegten Jahresberichte 2015 formulierte die ABG für jede Hochschule einen Fragenkatalog. Die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) und die Verantwortlichen der Zürcher Fachhochschule haben diese ausführlich und offen beantwortet. Besten Dank dafür.

Die Kommission hat in mehreren Sitzungen verschiedene Fragestellungen aus dem Umfeld der Zürcher Fachhochschule beleuchtet und hat ausserdem für vertiefende Informationen zu Organisation, Herausforderungen und Problemen die ZHdK besucht.

Das Resultat unserer Aufgabenerfüllung liegt Ihnen in Form der Vorlage 5274a vor. Aus Sicht der ABG sind die markantesten Themen festgehalten, wobei ich hier einige ansprechen möchte:

Die Fachhochschulen legen Wert auf eine praxisorientierte Ausbildung. Darum ist bei vielen Studiengängen das Absolvieren von Praktika vorgesehen. Vor allem die PHZH ist auf eine hohe Zahl an Praxislehrplätzen, Kooperationsschulen und Praxislehrpersonen, welche die Studierenden betreuen, angewiesen. Die Hochschule ist für die Bereitstellung der Praktikumsplätze verantwortlich, was zunehmend schwieriger wird.

Wegen des Engpasses an Praxislehrpersonen müssen vermehrt drei, statt ein oder zwei Studierende in ein Praktikum eingeteilt werden, wodurch die Belastung für die einzelnen Schulen zunimmt. Die schwierige Situation rund um die Praktika will die PHZH nun mit einem Projekt angehen, welches das Modell der Kooperationsschulen auf die Folgejahre ausdehnt. Da das Projekt noch am Anfang steht, dauert es noch ein Jahr bis ein Pilotversuch gestartet werden kann.

Die ABG begrüsst es, dass die PHZH das Problem erkannt hat und wir werden uns auch zukünftig über den Stand des Projektes informieren lassen.

Bei der ZHAW und der ZHdK liegt es in der Verantwortung der Studierenden, rechtzeitig einen Praktikumsplatz zu finden, was in der Regel dank Unterstützung seitens der Hochschulen auch gelingt.

Fachhochschulen wie die ZHAW profilieren sich mit praxisorientiertem Unterricht und anwendungsorientierter Forschung, was wir grundsätzlich begrüssen.

In der medialen Öffentlichkeit werden die Nebenbeschäftigungen aber immer wieder kontrovers diskutiert. Das hat die Kommission zum Anlass genommen, sich von der ZHAW über die Regelungen und Herausforderungen bei den Nebenbeschäftigungen informieren zu lassen.

Alle Angehörigen der ZHAW müssen ihre Nebentätigkeiten gemäss den gesetzlichen Verpflichtungen einmal jährlich selber deklarieren. Im Falle von Verwaltungsrats- oder Stiftungsratsmandaten können die Nebentätigkeiten auch Bewilligungspflichtig sein.

Die ABG begrüsst dieses Vorgehen, vor allem die jährliche Überprüfung der Nebenbeschäftigungen durch die Arbeitgeberin ZHAW.

Im Berichtsjahr 2015 hat sich die ZHAW intensiv mit der Entwicklung einer Qualitätsstrategie befasst. Die ABG hat sich ein Bild vom gewählten Modell gemacht. In den drei Qualitätsbereichen Leistungen, Governance und Ressourcen werden die Qualitätsansprüche und -kriterien ausführlich beschrieben. Die Qualitätsansprüche legen dar, wie sich die ZHAW entwickeln will und aus den abgeleiteten Kriterien definiert sie die Zielvorgaben.

Die ABG hat die Qualitätsstrategie 2015–2025 der ZHAW erhalten und beurteilt sie positiv.

In der Strategie ZHdK 2014–2018 ist unter anderem festgehalten, dass die ZHdK eine regional verankerte, international ausgerichtete Ausbildungs- und Forschungsstätte ist, welche die disziplinübergreifende Zusammenarbeit systematisch auf andere Universitäten und Hochschulen ausweitet. Der Hub in Hongkong wurde im Strategiezyklus 2014–2018 der ZHdK zum Entwicklungsfeld «Internationales» in Auftrag gegeben. Er dient einerseits dazu, vormals vertraute Aktivitäten im asiatischen Raum zu bündeln und einen nachhaltigen Kompetenzaufbau zu ermöglichen. Der Hub in Hongkong bietet die Gelegenheit, die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorzustellen, und er dient somit auch als Schaufenster der ZHdK.

Die ZHdK pflegt viele Kooperationen mit der ETH und der Universität Zürich (UZH). Die ABG liess sich über die verschiedenen Kooperationen informieren.

Zum Beispiel das Projekt «MINT-Land», wo die ZHdK in Zusammenarbeit mit der ETH das Interesse der Mädchen an MINT-Fächern (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*) steigern möchte oder als zweites Beispiel das «Immersive Cinema», wo die ZHdK in Zusammenarbeit mit der ETH und Disney Research die Wirkungsweisen neuer Technologien in der Filmindustrie untersucht.

Die ABG begrüsst die Kooperationen mit der UZH und der ETH, da die Stärken der drei Hochschulen gebündelt und die Interessen gemeinsam vertreten werden.

Die ABG konnte konstruktive Gespräche führen, die das gegenseitige Verständnis fördern. Dank der offenen und proaktiven Informationspolitik seitens der Zürcher Fachhochschule ist es der ABG gelungen, einen vertieften Einblick in den Geschäftsgang dieser Hochschulen zu erhalten.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Bildungsdirektorin, dem Fachhochschulrat, der Leitung der Zürcher Fachhochschule und allen Mitarbeitenden für Ihr grosses Engagement bedanken.

Die ABG beantragt dem Kantonsrat, den Jahresbericht 2015 der Zürcher Fachhochschule zu genehmigen. Besten Dank

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Die SVP-Fraktion wird den Jahresbericht der Fachhochschule für das Jahr 2015 genehmigen. Grundsätzlich dürfen wir stolz auf unsere Fachhochschulen sein.

Zwei Bemerkungen zur ZHdK und der PHZH. Zur ZHdK: Der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit wurde anlässlich ihres Besuchs an der ZHdK ein guter Einblick in das Toni-Areal gewährt, ein gelungener Bau, der die verschiedenen Studienrichtungen unter einem Dach vereint. Dadurch ergeben sich einmalige Synergien über die verschiedenen Studienrichtungen hinaus. Die breite Palette der angebotenen Studienrichtungen widerspiegelt die breite Kultur.

Gemäss den Ausführungen anlässlich unseres Besuches sind 95 Prozent der Absolventen der Kunsthochschule ein Jahr nach Abschluss erwerbstätig, fünf Jahre später sogar 98 Prozent. Dies sind grundsätzlich sehr erfreuliche Zahlen. Diese Zahlen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Anstellungen mehrheitlich durch die öffentliche Hand oder durch Institutionen, welche grossmehrheitlich von Subventionen der öffentlichen Hand gespeist werden, erfolgen. Wir leisten uns ein breites kulturelles Angebot.

Wir behandeln hier den Jahresbericht 2015, trotzdem akzeptiert die SVP in keiner Art und Weise die durch Studenten in der ZHdK verübten Vandalenakte im Juli 2016. Unter diesem Aspekt verurteilen wir, die durch die Kunststudenten verschmierten Wände im siebten Stock der ZHdK. Die verantwortlichen Studenten haben damit ihren Mitstudierenden einen Bärendienst erwiesen. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bemühungen von Rektor Professor Meier (*Thomas D. Meier*), indem diese Vandalenakte nicht toleriert und verurteilt wurden. Kunst braucht Freiräume, aber bei dieser Aktion handelt es sich um eine kriminelle Tat und sie überschritt damit jede tolerierbare Grenze.

Zur PHZH: Die Kürzungen beim Staatsbeitrag haben zu verschiedenen Massnahmen in der Ausbildung geführt. Wir teilen die Aussagen der Verantwortlichen, dass die bis 2020 geplanten Einsparungen ohne Qualitätseinbusse umgesetzt werden können. Wir unterstützen die Anstrengungen der PHZH, dass Kursangebote, welche ein Mindestquorum nicht erreichen, abgesagt werden. Im Kursangebot muss klares, minimales Kosten-Nutzen-Verhältnis vorhanden sein.

Die SVP teilt die Kommissionsmeinung, dass die Überprüfung der Unterrichtsformen kein Tabu sein darf. Eine weitere Erhöhung der

Anzahl Studierenden pro Gruppe muss möglich sein, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, dass an der PHZH mehr als an anderen Hochschulen in Gruppen gearbeitet wird. Ebenso muss ein vorlesungsähnliches Setting geprüft werden. Die notwendigen Infrastrukturen sind im neuen Campus schliesslich vorhanden.

Wir bedanken uns bei allen Fachhochschulen für die sehr gute Zusammenarbeit.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Als erstes möchte ich den Rektoren und Verwaltungsdirektoren der drei Zürcher Fachhochschulen für die gute Zusammenarbeit danken. Unsere Fragen wurden immer zu unserer Zufriedenheit beantwortet und bei Besuchen in den Institutionen wurden Themen proaktiv aufgenommen. Auch die SP wird dem Jahresbericht zustimmen.

Die ABG hat allen drei Fachhochschulen zu zwei Themen spezifische Fragen gestellt, die auch alle drei Fachhochschulen betreffen. Dies waren zum einen Fragen zu den Massnahmen betreffend Vereinbarkeit von Beruf beziehungsweise Studium und Familie, durch deren Beantwortung sich die ABG davon überzeugen konnte, dass die Fachhochschulen in diesem Bereich auch hervorragende Arbeitgeber sind.

Zum anderen waren dies Fragen zu den Praktikumsplätzen: Der Kommissionspräsident hat bereits erwähnt, dass an der PHZH zunehmend drei statt ein bis zwei Praktikanten gemeinsam ein Praktikum absolvieren müssen. Dies hat Einfluss auf die Ausbildung der Studierenden, aber auch Einfluss auf die Arbeitslast der Praktikumslehrpersonen. Mehr Praktikanten heisst, mehr Berichte schreiben, heisst mehr Aufgaben ausserhalb der Kernaufgaben.

Betrachtet man die Gründe für den Austritt aus dem Lehrerberuf, die seit 2010 durch das statistische Amt erhoben werden, zeigt sich, dass bei den Austrittsgründen die Arbeitslast betreffenden Gründe, Überlastung und zu wenig Zeit für Kernaufgaben, die meistgenannten sind. Also genau das, was hier verursacht wird. Lehrpersonen müssen wieder mit weniger Aufgaben ausserhalb ihres Kernbereichs belastet werden. Somit ist das vom Kommissionspräsidenten erwähnte Projekt der PHZH auch diesbezüglich zu begrüssen und muss auch mit den Folgen auf die Arbeitszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer überprüft werden.

Die begrenzte Anzahl Praktikumsplätze ist auch bei der ZHAW ein Thema, besonders bei den Gesundheitsberufen. Dort wird jedoch mit einem anderen Rezept dagegen angegangen. Es werden nicht mehr Studierende pro Praktikumsplatz eingeteilt, die Anzahl Studienplätze wird entsprechend beschränkt. Ein Numerus clausus bei den Gesund-

heitsberufen heisst aber auch, dass wir weniger Fachleute ausbilden, als wir brauchen. Der Regierungsrat und die Schulleitung sollten regelmässig überprüfen, ob dieser Numerus clausus weiterhin wirklich notwendig ist oder ob die Anzahl Praktikumsplätze nicht gesteigert und der Numerus clausus aufgehoben oder zumindest angehoben werden könnte.

Bei der ZHdK gaben neben den Praktikumsplätzen auch die neuen Anstellungsverträge zu reden. Es sind Anstellungsverträge mit Bandbreiten, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Anstellungsprozente einzelner Dozierenden etwas schwanken. Dies weil die Dozierenden selbst die Anstellungsprozente ändern wollen, wegen ihres ausserschulischen Engagements oder weil die Schule das Pensum anpassen muss, weil die Klassengrösse sich ändert, insbesondere beim Instrumentalunterricht. Bisher wurde dies über Teilkündigungen, Pensenerhöhungen und Wiedereinstellungen ermöglicht, was zu halbjährlichen administrativen Aufwänden führte, die auch durch die Finanzkontrolle kritisiert wurden. Die ABG hat in der Sache nachgefragt, weil Betroffene bezweifelten, dass diese neue Regelung rechtmässig sei. Die ZHdK hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das bestätigt hat, dass diese Bandbreitenanstellungen so in Ordnung sind. Die ABG hätte sich aber gewünscht, dass die Schule mit besserer Kommunikation diese Unsicherheiten bei den Angestellten verhindert hätte und wir nicht hätten nachhaken müssen.

Das ist generell ein Wunsch an alle drei Fachhochschulen: In Zeiten von knappen Finanzen und bei Umstrukturierungen ist eine offene, proaktive Kommunikation besonders wichtig, gegenüber den Angestellten, aber auch gegenüber den Studierenden. Sonst machen nur unnötigerweise Gerüchte die Runde. Ich hoffe, dass dieser Wunsch beherzigt wird und auch weiterhin nur Kleinigkeiten kritisiert werden müssen in den Jahresberichten.

Auch wenn die verschmierten Gänge in dieses Jahr gehören und nicht ins Berichtsjahr, möchte ich, nachdem die SVP etwas dazu gesagt hat, auch noch zwei, drei Worte verlieren: Künstlerinnen und Künstler sollten Aktuelles aufgreifen, Gesellschaftsereignisse aufnehmen, verarbeiten, in ihrer Kunst ausdrücken. Die ZHdK bildet Künstlerinnen und Künstler aus, die durch ihre Kunst ausdrücken, was sie, was ihr Umfeld beschäftigt. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Alle Seiten sollten sich an getroffene Absprachen halten. Das sollte selbstverständlich sein. Wir hoffen, dass jetzt, wo engere Regeln gesteckt wurden, sich alle Beteiligten an diese Regeln halten.

Grundsätzlich ist zu sagen, das Toni-Areal ist zum Leben erwacht, das ist ein gutes Zeichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Die Jahresberichte der drei Fachhochschulen sind sehr informativ. Sie zeigen, was an diesen Schulen alles gelehrt und woran gerade geforscht wird. Die FDP-Fraktion stimmt den Jahresberichten zu.

Ich werde mich nun näher mit zwei Punkten beschäftigen, die vor allem die ZHAW betreffen, und zwar weil mir diese Schule mit den vielen MINT-Fächern sehr am Herzen liegt.

Zuerst zu den Nebenbeschäftigungen an der ZHAW: Nebenbeschäftigungen werden häufig kontrovers diskutiert und kommen daher auch häufig in den Medien. Wichtig ist dabei, dass die Schule konkrete Regeln hat und diese auch umsetzt. Und das hat die ZHAW. Gerade für eine «University of Applied Science», wie es die ZHAW ist, ist es ein Muss, dass die Mitarbeitenden sich auch mit der Praxis auseinandersetzen. Die Regeln der Schule sind klar, es findet mittels jährlicher Selbstdeklaration statt, und es herrschen auch klare Voraussetzungen, dass das Engagement keinen negativen oder konkurrierenden Einfluss auf die ZHAW haben darf.

Zum zweiten, der MINT-Förderung: In der Schweiz fehlen nach wie vor Fachkräfte aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Auch die ZHAW hilft hier mit, dass dieser Bereich gestärkt wird. Leider kann man diese Anstrengungen in den Zahlen im Jahresbericht nicht gut sehen. Die Studierenden nehmen in den drei Fachbereichen Architektur, Bau- und Planungswesen, Chemie und Life-Science als auch im Bereich Technik und Informationstechnologie ab. Zwar nur wenige Prozente, aber es ist sinkend, und insgesamt ist die Studierendenzahl ja steigend an der ZHAW. Nur im Bereich Chemie und Life-Science ist der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger um die markante Anzahl von 50 Studierenden gestiegen, was eine Steigerung von 14 Prozent ausmacht. Trotz dieser Steigerung nimmt die Gesamtstudierendenzahl in diesem Fachbereich ab. Wir müssen uns also Gedanken machen, ob die Aktivitäten in Sachen MINT-Förderung auch fassen oder vielleicht hat halt das Votum von Frau Regierungsrätin Steiner am Hochschultag der ZHAW eine gewisse Wirkung auf die Wahl des Studienganges. Sie hat gesagt – und das stimmt auch so –, die Löhne im MINT-Bereich seien im Vergleich zu den Löhnen bei den Juristen und den Ökonomen viel tiefer.

Zum Schluss geht mein Dank an die Mitarbeitenden der Hochschulen, welche sich im letzten Jahr 2015 sehr für ihre Schulen eingesetzt und auch einiges erreicht haben. Ich bitte um Abnahme des Berichts.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Als nicht in der ABG vertretener Kantonsrat scheinen mir nach der Durchsicht des Jahresberichts folgende Punkte erwähnenswert – in geraffter Form: Die Fachhochschulen sind erfolgreich und haben immer mehr Studenten. Die PHZH macht sich Sorgen, weil sie nur mit allergrösster Mühe neue Praktikumslehrerinnen und -lehrer findet. Hier mag sicher auch eine Rolle spielen, dass immer mehr Teilzeitlehrkräfte im Lehrerberuf tätig sind. Für diese ist es organisatorisch schwierig, Studentinnen oder Studenten in ihren Stundenplan zu integrieren. Und es darf zumindest bezweifelt werden, ob mit dem neuen Berufsauftrag die Bereitschaft und die Kapazität der Lehrpersonen für eine solche Zusatzaufgabe steigt. Na ja, vielleicht hilft ja das Modell der Kooperationsschulen.

Gefreut hat mich, dass die ZHdK vermehrt Kooperationen mit der ETH und der Universität eingeht. Hier können sicher Synergien gefunden werden. Der Bildungsplatz Zürich ist nämlich hervorragend aufgestellt.

In diesem Sinne danken die Grünliberalen allen, welche ihren Anteil an diesem guten Resultat haben. Wir genehmigen den Jahresbericht gerne.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Auch wir werden den Jahresbericht zustimmen. Die Fachhochschulen haben sich bestens entwickelt, und sie sind genau da stark geworden, wo ihnen der Bildungsweg zugeschrieben worden ist. Auch wir sind genau wie die SVP sehr stolz auf diese Schulen, aber wir gehen da nicht hin und kürzen ihnen die Finanzen. Das kann ich Ihnen sagen. Das sehe ich doch einen ganz winzig kleinen Widerspruch.

Ein Ereignis wurde ja jetzt sehr betont im Zusammenhang mit der ZHdK, das sind diese Malereien im Gang. Meine Damen und Herren, das muss man doch schon irgendwie relativieren. Unsere heutige Jugend ist angepasst. Sie ist sogar viel zu angepasst in meinen Augen – muss ich Ihnen sagen. Jetzt hat eine kleine Gruppe einmal ein Haus etwas verschönert, ein Haus, das ihnen helfen soll, ihre Kreativität zu finden und zu entwickeln. Jetzt wird daraus ein Staatsdrama gemacht. Das Rektorat hat reagiert, man hat Wege gefunden. Und eines müssen Sie nie vergessen: Es sind immerhin die Leute, die später vielleicht einmal für ihre Kunst bewundert werden. Da stehen Sie dann auch hin

und sagen, Zürich ist stolz, dass wir solche Künstlerinnen und Künstler geschult haben und ihnen helfen konnten, ihren Platz in der Gesellschaft und in der Kunst zu finden.

Kunst und Kreativität leben eben auch davon, dass man Regeln interpretiert, vielleicht ein bisschen hinterfragt und neu interpretiert. Das muss man machen, das muss so sein, und wenn jetzt diese Leute einmal nicht gespürt haben, wie es der SVP passt, dann wird daraus ein Drama gemacht. Ich finde das lächerlich.

Etwas anderes macht uns ein wenig mehr Bauchweh, und zwar die Organisationsreformen, die da dauernd wieder neu gemacht werden. Die Köpfe der Schulen wollen alles immer wieder reorganisieren und die Resultate sind nicht immer so grandios, wie wir uns das wünschen würden. Meist sind die Auswirkungen klein und mit einem zweifelhaften Mehrwert, aber sie beschäftigen sehr viele Leute. Ich hoffe, dass die Fachhochschulleitungen hier ihre Kreativität ein wenig eindämmen und die Leute arbeiten lassen.

Die Schulen arbeiten gut, die Abgängerinnen und Abgänger finden Arbeit und sind gesucht. Wir danken für diese Arbeit und werden den Berichten zustimmen. Danke.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Meine Vorredner haben bereits die wichtigsten Punkte aus den Jahresberichten erwähnt. Ich will mich daher auf wenige Themen beschränken.

In der PHZH sind Praktikumsplätze besonders wichtig. Wegen zu wenigen Praktikumslehrpersonen, wie wir bereits gehört haben, müssen vermehrt mehrere Personen ein Praktikum teilen. Dies ist suboptimal und mindert die Ausbildungsqualität. Die schwierige Situation um die Praktika will die PHZH nun mit einem Projekt angehen, damit die Verbindung zwischen Theorie und Praxis weiter gestärkt werden kann. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Nebenbeschäftigungen von Angestellten sind grundsätzlich erwünscht, um den Wissenstransfer zwischen Lehre, Forschung und Privatwirtschaft zu fördern. Wichtig ist jedoch, dass zweckmässige Regeln dazu bestehen. So darf die Nebentätigkeit den Leistungsauftrag an der ZHAW nicht beeinträchtigen. Wir sind überzeugt, dass eine jährliche Überprüfung der Nebenbeschäftigungen sinnvoll ist.

Wir bedauern zu hören, dass die meisten Studierenden an der ZHdK aus den Gymnasien kommen und nicht aus der Berufsbildung. Dies ist nicht die Grundidee der Fachhochschulen.

In den Zielen der Strategie der ZHdK wird festgehalten, dass Netzwerke wichtig sind. Nicht nur national mit der ETH und der UZH,

sondern auch international. Um dies zu erreichen, hat die ZHdK einen Hub in Hongkong. Wir haben uns erklären lassen, wozu dieser Hub dient und was wir bis jetzt damit erreicht haben. Die Aktivitäten in diesem Hub tönnten interessant und wertvoll, wir möchten aber trotzdem über Ableger der ZHdK im Ausland genauestens informiert werden.

Trotz kurzem Votum schätzen wir die Leistungen unserer Fachhochschulen sehr. Ihr Beitrag zur Bildung ist wertvoll. Wir danken den Mitarbeitenden der Zürcher Fachhochschulen für ihr grosses Engagement und der Bildungsdirektion, dem Fachhochschulrat und der Leitung der Zürcher Fachhochschulen für die gute Zusammenarbeit.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Meine Vorredner haben bereits alles, was wichtig ist, gesagt. Ich habe für unsere Fachhochschulen nur noch einen Wunsch.

Für die ZHAW wünsche ich mir, dass es ihr gelingt, den Mangel an Fachkräften, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Informatik, zu beseitigen.

Für die ZHdK wünsche ich mir, dass die hervorragend ausgebildeten Absolventen alle eine entsprechende Stelle finden.

Und für die PHZH wünsche ich mir, dass sie die angehenden Lehrkräfte nach dem im Volksschulgesetz festgehaltenen Grundsätze ausbildet, damit die Lehrkräfte tatsächlich in der Lage sind, ihre Schüler zu einem christlichen, humanistischen und demokratischen Verhalten erziehen zu können und sie sich nicht von modernen Ideologien leiten lassen. Danke.

Astrid Gut (BDP, Wallisellen): Trotz Sparmassnahmen, Engpässen bei Praktikumslehrpersonen und Praktikumsplätzen konnten sich die Fachhochschulen Zürich behaupten und zahlreichen Studierenden praxisorientierte Studiengänge anbieten. Wir danken allen Beteiligten für diesen grossen Einsatz und genehmigen den Jahresbericht. Besten Dank.

Christian Mettler (SVP, Zürich): Hier eine kleine Replik zu Frau Sylvie Matter: Auch die Studierenden haben sich an eine Hausordnung zu halten. Es gibt nicht nur Rechte, es gibt auch Pflichten. Aber hier wurde die Hausordnung massiv strapaziert. Diese sogenannte grossflächige Kunstaktion hat mit Kunst nichts zu tun.

Mein Freund selig Hansruedi Giger (*HR Giger, Schweizer Maler und Gestalter*) hat mal gesagt, «Kunst als Kunst zu betrachten, ist eine Kunst». Wenn er ein Problem habe, gehe er ein Bild malen. Andere gingen zum Psychiater. Das sind seine Worte, ein Zitat von ihm.

Ich selber sammle Kunst, aber was dort geschehen ist, war nichts anderes als eine grossflächige Sauerei. Ich habe das auch dementsprechend in den Medien dokumentiert.

Die Kunst ist eine Ausdrucksweise – aber wie gesagt nicht auf diese Art. Ich danke an dieser Stelle für die Unterstützung und das Durchgreifen der Schulleitung der ZHdK und somit dem Rektorat und stimme dem Jahresbericht selbstverständlich auch zu.

Meine Stellungnahme gilt auch für das Votum von Esther Guyer, das gleichzusetzen ist, mit dem von Frau Matter. Ich habe geschlossen.

Ratspräsident Rolf Steiner: Ich begrüsse auf der Tribüne die Rektoren von Fachhochschulen und Universität ganz herzlich und bei uns hier vorne auch die Bildungsdirektorin, der ich hier auch dazu gratuliere, dass sie zur EDK-Präsidentin (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren*) gewählt worden ist. Ein wichtiges, verantwortungsvolles Amt, zu dem ich alles Gute wünsche (*Applaus*).

Und Sie hat nun das Wort zu diesem Jahresbericht.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Vielen Dank für die Gratulationen, ich hoffe, dass ich die Interessen des Kantons Zürich in diesem Gremium gut einbringen werden kann.

Zu den Zürcher Fachhochschulen: Ich glaube, es kam heute klar zum Ausdruck, sie sind gut unterwegs. Wichtig ist mir vor allem folgender Aspekt: Alle Fachhochschulen sind aktiv daran, sich mit anderen Institutionen zu vernetzen. Das Netzwerk Wissenschaft, Wirtschaft, Lehre und Forschung funktioniert bestens und wird intensiv betreut. Die ZHAW und die ZHdK haben verschiedene äusserst interessante Projekte am Laufen, die Lehre ist ausgesprochen praxisorientiert. Die PHZH ist mit dem Schulfeld in engem Kontakt und verfolgt das Ziel, bestens gerüstete Lehrkräfte auszubilden.

Ich danke der Kommission für die konstruktive Zusammenarbeit und die wohlwollende Beurteilung. Ich danke auch für die gute Arbeit in den Fachhochschulen. Den Rektoren und ihren Mitarbeitenden danke ich ebenfalls für den Einsatz zugunsten unserer jungen Menschen und zugunsten des Bildungswesens im Kanton Zürich.

Ratspräsident Rolf Steiner: Es wäre nun vorgesehen gewesen, den Bericht der Aufsichtskommission ziffernweise durchzugehen. Ich frage Sie an, wird es Wortmeldungen geben zu einzelnen Ziffern? Sonst verzichte ich auf das Vorlesen. Es scheint keine weiteren Wortmeldungen zu geben.

Wird das Wort zum Jahresbericht der Zürcher Fachhochschule selber gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Detailberatung

I., II. und III.

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 162 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5274a zuzustimmen. Damit ist der Jahresbericht der Zürcher Fachhochschule für das Jahr 2015 genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Genehmigung des Jahresberichts der Universität für das Jahr 2015

Antrag des Regierungsrates vom 30. März 2016 und Antrag der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 25. August 2016

Vorlage 5262a

René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon), Präsident der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG): Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hat gemäss Paragraph 49d des Kantonsratsgesetzes und Paragraph 25 des Gesetzes über die Universität Zürich auch hier den Auftrag, die Oberaufsicht über die Universität Zürich (UZH) auszuüben, den Rechenschaftsbericht zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag zu stellen.

Die ABG verfolgte während des Jahres die Tätigkeiten der UZH intensiv. Zudem haben wir in regelmässigen Sitzungen mit der Finanzkontrolle, welche wir als sehr hilfreich einschätzen, verschiedenste

Geschäfte geprüft. Aufgrund des vorgelegten Jahresberichtes 2015 formulierte die ABG einen Fragenkatalog, welcher von der Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) und den Verantwortlichen der Universität ausführlich und offen beantwortet wurde. Besten Dank dafür.

Das Resultat unserer Aufgabenerfüllung liegt Ihnen in Form der Vorlage 5262a vor.

Die UZH hat mit 25'358 Studierenden einen Umsatz von 1,377 Milliarden Franken erreicht, wobei ein Überschuss von 2,1 Millionen Franken resultierte. Das Budget der UZH von gut 1,3 Milliarden Franken setzt sich folgendermassen zusammen: Der Beitrag des Kanton Zürich beträgt 46 Prozent, die Drittmittel belaufen sich auf 22 Prozent, die Beiträge des Bundes sind 10 Prozent, die Beiträge für ausserkantonale Studierende belaufen sich auf 11 Prozent, mit Dienstleistungen erwirtschaftet die UZH 9 Prozent und zum Schluss noch die Studiengebühren, welche lediglich 2 Prozent zum Budget beitragen.

Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hat sich im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichtes 2015 auch über die Auswirkungen der Lül6-Massnahmen (*Leistungsüberprüfung 2016*) erkundigt. In den Jahren 2017 bis 2019 muss die UZH jährlich 13 Millionen Franken einsparen, was gemäss Aussagen der Verantwortlichen der Universität Zürich verkraftbar ist.

Ohne Drittmittel sind die Schweizerischen Universitäten nicht konkurrenzfähig. Deshalb begrüssen wir es ausdrücklich, dass die UZH den Anteil an Drittmitteln seit 2010 kontinuierlich steigert und im Jahr 2015 bei 303 Millionen Franken angelangt ist.

Beim Fundraising hat sich die ABG seit der Vereinbarung der UZH mit der UBS Foundation im Jahr 2012 wiederholt und vertieft mit dem Thema beschäftigt und dazu verschiedene Empfehlungen betreffend Transparenz und zu den gesetzlichen Grundlagen gemacht. Die UZH hat diese Empfehlungen mittels einer Verordnung umgesetzt und veröffentlicht die von ihr und den assoziierten Instituten abgeschlossenen Fundraising-Verträge. Mit der Anwendung dieser Verordnung ist die UZH anderen Schweizerischen Universitäten einen Schritt voraus und nach Meinung der ABG auf dem richtigen Weg.

An der UZH lehren und forschen zurzeit 75 Stiftungsprofessorinnen und Stiftungsprofessoren. Die Fundraising-Verordnung der UZH macht Vorgaben betreffend der Benennung von Stiftungsprofessuren und die Verträge unterstehen dem Prinzip der Öffentlichkeit und können eingesehen werden. Der Grundsatz, dass die finanzielle Unterstützung durch Dritte die Freiheit von Forschung und Lehre nicht beein-

trächtigen darf, ist in der Kantonsverfassung, dem Universitätsgesetz und der Fundraising-Verordnung verankert. Die ABG konnte sich davon überzeugen, dass dieser Grundsatz an der UZH konsequent umgesetzt wird.

Die UZH ist seit 2006 Mitglied der LERU (*League of European Research Universities*), die sich aus 21 forschungsstarken Universitäten aus zehn Ländern Europas zusammensetzt. Die LERU hat eine Wertschöpfungsstudie in Auftrag gegeben, um den wirtschaftlichen Beitrag der 21 LERU-Universitäten zu schätzen. Mit einem Budget von 1,3 Milliarden Franken soll die UZH gemäss der LERU-Studie eine Wertschöpfung von 5,1 Milliarden Franken erreichen.

Die Bologna-Reform hat an der UZH die herkömmlichen Lizenziats- und Diplomstudiengänge durch die europaweit kompatiblen Bachelor- und Masterabschlüsse abgelöst. Die Universität hat deshalb eine Musterrahmenverordnung erlassen, welche im Kern eine Neuordnung von Studienarchitektur und Studienprogrammgrössen, Major-Minor-System, enthält. Die UZH passt sich so in- und ausländischen Universitäten an und auch die Studierendenorganisationen zeigen sich insgesamt vom neuen System überzeugt. Die ABG begrüsst es, dass die UZH die Studienarchitektur laufend weiterentwickelt und wird diesen Prozess weiterhin begleiten.

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hatte zur Folge, dass die EU eine Vollasoziiierung der Schweiz an Horizon 2020 (*EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation*) sistierte. Eine vorübergehende Teilasoziiierung, welche bis Ende 2016 befristet ist, bedeutet, dass die Schweiz bei den meisten Ausschreibungen von Horizon 2020 im Drittstaatmodus verbleibt und von der EU keine direkte Finanzierung mehr erhält, sondern projektweise durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation finanziert wird.

Ab 2017 wird die Schweiz entweder vollständig mit Horizon 2020 assoziiert werden oder aber am gesamten Programm nur noch als Drittstaat teilnehmen können. Die UZH ist besorgt, dass der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz durch deren Abseitsstehen in Europa isoliert wird.

Da die ABG ebenfalls über das Abseitsstehen der UZH in Europa besorgt ist, kam in der anschliessenden Diskussion der Vorschlag auf, dass die UZH sich nicht nur auf Horizon 2020 konzentrieren, sondern den Fokus auch auf Alternativen wie die Zusammenarbeit mit den exzellenten angelsächsischen und amerikanischen Universitäten legen soll.

Zum Schluss möchte ich der Bildungsdirektorin, dem Universitätsrat, der Universitätsleitung und allen Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement zum Wohle der Universität danken.

Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit beantragt dem Kantonsrat, den Jahresbericht 2015 der Universität Zürich zu genehmigen. Besten Dank

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Die SVP-Fraktion empfiehlt den Jahresbericht der Universität zu genehmigen. Die Ausführungen des Kommissionspräsidenten werde ich mit der Sicht der SVP ergänzen.

Die LERU-Studie über die Wertschöpfung der Universität am Standort Zürich geht davon aus, dass 1 Franken im Budget der Universität 4 Franken an Wertschöpfung im Raum Zürich generiert. Die Aufgabe und Fragestellung einer Studie hat Einfluss auf das Resultat. Der Auftraggeber bestimmt ein Stück weit im Voraus, das Resultat der Studie. Es ist auch für die SVP unbestritten, dass die UZH ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Zürich ist. Wir zweifeln lediglich die Grösse der angegebenen Wertschöpfung an.

In diesem Zusammenhang dürfen auch die Studiengebühren betrachtet werden. Die Studiengebühren decken heute lediglich 2 Prozent des gesamten Budgets der Universität. Die restlichen 98 Prozent werden durch Steuergelder oder durch Drittmittel bestritten. Wir erachten hier eine moderate Erhöhung der Studiengebühren als angebracht und notwendig.

Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und der Ankündigung der EU die Schweiz in einer Strafaktion an der Beteiligung am Forschungsprogramm Horizon 2020 auszuschliessen, flattern die Nerven verschiedenster Schweizer Politiker. Der Ausschluss der Schweiz bei Horizon trifft uns vermeintlich im Nerv, sind wir in der Bildung, unserem einzigen Rohstoff, doch auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen. In diesem Zusammenhang muss der Kosten-Nutzen-Faktor genauer angeschaut werden, und es müssen auch Alternativen geprüft werden. Horizon 2020 ist nicht nur ein grosses Forschungsprogramm, sondern auch ein Bürokratiemonster. Um überhaupt an die Fördergelder aus Brüssel zu kommen, ist ein ausufernder Papierkram zu bewältigen. Der EU-Rechnungshof hat nach Abschluss des 4. Rahmenprogramms die aufgeblähte Bürokratie und die Geldverschwendung beanstandet. Expertenschätzungen gingen davon aus, dass lediglich etwa 60 Prozent des gesamten Budgets bei den Forschungsinstitutionen angekommen waren. Beim 6. Rahmenprogramm von 2002 bis 2007 wurde eine Vereinfachung und Straffung erreicht, doch gleichzeitig wurde eine Vernetzungsbürokratie aus dem Boden

gestampft. Von der Forschung wurde verlangt, dass sie grösser, vernetzter und internationaler werden sollte oder musste. Die Forschungsbürokratie betrifft mittlerweile nicht nur mehr die EU-Verwaltung, sondern findet in den Universitäten und Forschungsinstitutionen selbst statt. Fördergelder werden von Tätigkeiten wie der Akquisition von Projekten, der Formulierung von Forschungsaufträgen, der Erstellung von Zwischenberichten, Berichten und Evaluationen verschlungen. Aus der Wissenschaft wurde vorgebracht, dass mit der Beteiligung der Schweiz an Horizon für die Schweiz 50 Prozent mehr an Finanzen zurückkommen als investiert werden. In den sieben Jahren vor 2014 wurden von der Schweiz 2263 Millionen Franken an die EU-Forschung bezahlt. Dem standen Unterstützungsbeiträge aus Brüssel im Umfang von 2482 Millionen Franken gegenüber. So flossen circa 10 Prozent mehr in die Schweiz zurück. Also circa 30 Millionen pro Jahr. Mit dem immensen Bürokratieaufwand war und ist dies im besten Fall ein Nullsummenspiel.

Der drohende Ausschluss der Schweiz aus dem Horizon-Programm wurde mit dem Ausschluss aus der Champions League im Fussball verglichen. Seit dem Brexit (*geplanter Austritt Grossbritanniens aus der EU*) sind aber nicht mehr so viele Champions im Horizon-Programm versammelt.

Berücksichtigen wir die verschiedenen zum Teil erst kürzlich veröffentlichten Rankings der verschiedenen Universitäten und Hochschulen, so zeigt sich ein differenziertes Bild. Zuerst kommen Übersee-Institute in den USA gefolgt von England. Nun folgen bereits Schweizer Institute. Leider rangiert hier die UZH nicht in den vorderen Rängen. Gesamthaft können sich die Schweizer Institute aber sehen lassen. Kontinentaleuropa suchen wir vergeblich.

Wenn wir in der Forschung in der Champions League mit den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Moldawien, Ukraine, Tunesien et cetera mitspielen wollen, ja, dann ist Horizon für uns wichtig. Eine Neuausrichtung und eine Zusammenarbeit mit den wirklichen Champions erachten wir als besser.

Fragezeichen werfen bei uns auch die Zusammensetzung der Nationalitäten der Forschenden im Zusammenhang mit der heraufbeschworenen Abschottung der Schweiz auf. Die Schweiz hat als einziges Land über die Hälfte ausländische Forschende, nämlich 57 Prozent. Die USA verzeichnen in der Forschung 38 Prozent Ausländer, Deutschland 23 Prozent. Schauen wir noch die Ausländerfahrung der Forschenden an, so haben 78 Prozent der Schweizer Forschenden Ausländerfahrung, bei den Deutschen 58, bei den Schweden 54 und in den

Niederlanden 53 Prozent. So viel zur Abschottung der Schweiz. Wenn die EU die Forschungszusammenarbeit mit der Schweiz abbricht, schadet sie sich grundsätzlich selbst.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Gremien. Da wir vorher die Beziehung mit der EU aufgezeigt haben, möchte ich hier betonen, dass ich die konstruktive Zusammenarbeit so meine und nicht so, wie es (*EU-Kommissionspräsident*) Jean-Claude Juncker anlässlich des Treffens mit dem Bundespräsidenten (*Johann Schneider-Ammann*) definierte, nämlich: «Wenn man am Ende eines Gesprächs sagt, es sei konstruktiv gewesen, dann ist man auf keinen grünen Zweig gekommen.» Es war eine konstruktive Zusammenarbeit, und ich danke Ihnen.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Als erstes möchte ich auch hier dem Rektor (*Michael Hengartner*) und dem Verwaltungsdirektor der UZH (*Stefan Schnyder*) für die gute Zusammenarbeit danken. Im Rahmen der Besprechung des Jahresberichtes wurden alle unsere Fragen umfassend beantwortet. Auch die SP wird den Jahresbericht genehmigen. Das Berichtsjahr 2015 war für die UZH ein historisches. Es war die letzte Möglichkeit den Lizentiats-Abschluss an der Philosophischen Fakultät zu machen, eine Möglichkeit, die sehr viele wahrgenommen haben. Als Betroffene kann ich bestätigen, das Grossmünster war (*anlässlich der Abschlussfeiern*) zweimal randvoll.

Andere haben ihr Studium ohne Abschluss beendet, weil sie das Lizentiat nicht mehr machen wollten. Dadurch kam es zu ausserordentlich vielen Austritten an der UZH. Dies erklärt die geringfügige Abnahme der Studierendenzahlen um 285 Personen.

Erfreulich ist der Zuwachs an Studierenden in den MINT-Fächern (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik*). Die Fördermassnahmen auf der Grund- und Mittelstufe scheinen langsam zu greifen. Auch die Betreuungsverhältnisse konnten leicht verbessert werden. Dies dank Assistenzprofessuren. Doch dieses schöne Lied hört genau jetzt auf, denn das wird sich aufgrund der Sparmassnahmen ändern. Sie zeigen ihre Wirkung und das Programm zur Förderung der Assistenzprofessuren wird eingestellt. Die Auswirkungen auf die Betreuungsverhältnisse können wir uns alle denken. So viel zu «verkraftbar».

Ein Lob möchte ich der UZH für ihren Umgang mit den Empfehlungen der ABG zur Transparenz aussprechen. Die Verordnung über die Verwendung und Einwerbung von Drittmitteln, die in Kraft gesetzt wurden, nimmt diese Empfehlungen auf. Zukünftig werden Fundraising-Verträge vorgelegt und veröffentlicht. Die Transparenz ist hier

hergestellt, wie wir sie mehrfach gefordert haben. Das Gleiche gilt auch für die Stiftungsprofessuren. Diese Regelungen sind sehr wichtige, weil der Anteil Drittmittel am Budget – wir haben es bereits gehört – am Wachsen ist. Die ABG wird auch weiterhin ein Auge auf die Umsetzung dieser Reglemente haben.

Eine Geschichte ohne Ende ist die Bologna-Reform. Die Studienarchitektur wird laufend überprüft, angepasst, hoffentlich verbessert. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Dies gilt auch für die Rahmenstudienordnung und Bologna 2020, die Umsetzung dieser Studienordnung an der Philosophischen Fakultät. Diese sorgt jedoch auch für etwas Verwirrung. Nicht nur die ABG, sondern auch universitätsinterne Personen waren nicht ganz sicher, ob das jetzt wirklich nur die Philosophische Fakultät betrifft und nicht doch eine gesamtuniversitäre Reform ist. Sie hören auch hier wieder meine Kritik: Die Kommunikation lässt ganz offensichtlich zu wünschen übrig, wenn das weder der ABG noch universitätsinternen Personen klar ist, was die Reform jetzt genau umfasst.

Die Universitätsleitung hat der ABG mehrfach versichert, dass alle Stände, alle Betroffenen involviert sind in diese Prozesse. Spricht man aber mit Betroffenen an der UZH ergibt sich ein anderes Bild. Es wird einem gesagt, man sei nicht ernst genommen worden, wenn man Kritik geäußert hat. Es wird gesagt, die Reform wirke übereilt, es wurde das Wort «undemokratisch» genannt. Es wurde gesagt es sei top-down (*engl. von oben nach unten*) durchgedrückt. Hier mangelt es offensichtlich wieder an der Kommunikation. Das Gleiche gilt für die Neustrukturierung der Stände. Auch hier machen mehr Gerüchte als Fakten die Runde. Das ist so nicht gut. Dem Rektor kann nur ans Herz gelegt werden: Kommunizieren Sie besser, kommunizieren Sie offener, beziehen Sie die Betroffenen umfassend mit ein. Wir wollen keine Situation mehr wie im November 2009 (*Besetzung eines Hörsaals durch Studierende*).

Betreffend der neuen Rahmenstudienordnung möchte ich auch der Bildungsdirektorin als Präsidentin des Universitätsrates etwas ans Herz legen. Die neue Rahmenstudienordnung sieht eine Studienzeitbeschränkung an der gesamten Universität vor. Paragraf 35 Universitätsordnung über die Studiengänge sagt: «Bei Einführung einer Studienzeitbeschränkung erlässt der Universitätsrat besondere Regelungen für Teilzeitstudierende. Ich hätte ja erwartet, dass bereits bei der ersten Einführung einer Beschränkung an einer einzelnen Fakultät solche Regelungen festgesetzt werden. Doch spätestens jetzt sind diese Regelungen dringend zu erlassen. Und nein, das Merkblatt, das existiert, ersetzt solche Regelungen nicht, vor allem weil es auf diesem Merk-

blatt heisst, dass einige Studiengänge nicht in Teilzeit zu studieren sind. Ich erwarte, dass ich bei der Besprechung des Jahresberichtes 2016 in einem Jahr sagen kann, dass die Erstellung dieser Reglemente in Angriff genommen wurde und dass sie bis 2020, wenn auch die Rahmenstudienordnung vollständig in Kraft tritt, in Kraft gesetzt werden können. Ein Studium muss auch für Studierende machbar sein, die daneben arbeiten müssen, eine Familie versorgen, Spitzensport betreiben oder aus sonstigen Gründen nicht Vollzeit studieren können. Der Paragraf 35 der Universitätsordnung muss umgesetzt werden. Danke.

Bettina Balmer (FDP, Zürich): Den Jahresbericht der Universität Zürich 2015 haben wir in der ABG anhand von vielen Fragen zusammen mit der Bildungsdirektion und der Universitätsleitung diskutiert. Die Zusammenarbeit der ABG mit der Bildungsdirektion und der Universität gestaltet sich dabei ordentlich.

Die Kennzahlen der Jahresrechnung 2015 sind erfreulich. Gesamtumsatz: 1,4 Milliarden Franken. Gewinn: 1,8 Millionen Franken. Zusätzliche Gewinne von Legaten und Stiftungen: Rund 0,2 Millionen Franken. Totaler Gewinn: 2,1 Millionen Franken oder 1,5 Promille des Gesamtumsatzes.

Auf die Jahresrechnung 2014 sind wir bei der Besprechung des Jahresberichtes 2015 nochmals zurückgekommen: Die Insolvenz von Sweets Information Services führte 2014 ja zu einem Verlust für die Universität Zürich von 2,3 Millionen Franken. Daraus wurden nun die Konsequenzen gezogen. Es wurden ein Krisenstab eingesetzt, Geldforderungen in Deutschland und den Niederlanden angemeldet und Strafanzeige gegen die verantwortlichen Personen von Sweets Information Services (*Informationsdienstleister für Fach- und Wissenschaftsbibliotheken*) respektive gegen Unbekannt eingereicht. Ausserdem hat die Universität Massnahmen beim Management und Personalrecht ergriffen. Auch wenn es wahrscheinlich noch längere Zeit unklar ist, ob und wie weit das verlorene Geld zurückerstattet wird, finde ich dieses Vorgehen gut. Das finanzielle Risiko-Management der Universität Zürich kann also im Nachgang als gut bezeichnet werden.

Die grundsätzlichen grossen Risikofaktoren hat die Universität Zürich in einem Dokument festgehalten. Dort steht auch, wer bei welchem Risiko was zu tun hat. Grundsätzlich findet die Universität Zürich, dass das finanzielle Risiko mittelgross ist. Ein Reputationsschaden erachtet sie als deutlich grösseres Risiko.

Nun zum Erwerb von Drittmitteln: Auch ich möchte diese Bestrebungen der Universität ausdrücklich loben. Der grösste Teil dieser aktuell

303,6 Millionen Franken stammt aus dem Schweizerischen Nationalfonds. Weitere Drittmittel kommen von der Wirtschaft und Privaten sowie aus der EU. Auch Legate und Stiftungen sind transparent in der Jahresrechnung aufgelistet.

Die neue Verordnung über Einwerbung und Verwendung zusätzlicher Mittel ist vom Universitätsrat am 2. März 2015 verabschiedet worden. Benennung und Finanzierung von Stiftungsprofessuren sowie universitäre Gegenleistungen wie beispielsweise Namensnennungen sind darin klar definiert. Paragraf 26 dieser Verordnung schreibt vor, dass die UZH von ihr abgeschlossene Verträge veröffentlichen muss, sofern die Beträge grösser als 1 Million Franken sind. Ausnahmen davon sind im Gesetz über die Information und den Datenschutz vom 12. Februar 2007 festgehalten. Die Veröffentlichung der Sponsoring-Verträge durch die UZH Foundation ist in Paragraf 18 geregelt.

Die Fragen der ABG zu den Stiftungsprofessuren sind vom Rektor der Universität ausführlich und sehr zu unserer Zufriedenheit beantwortet worden. Wie gehört gibt es aktuell 75 Stiftungsprofessuren. Davon sind 48 Professuren des Schweizerischen Nationalfonds, 5 des European Research Council und 22 Professuren von weiteren Stiftungen und externen Geldgebern. Die Liste dieser 22 weiteren Professuren wurde der ABG zur Verfügung gestellt. Ausserdem plant die UZH demnächst auch eine Datenbank aufzuschalten, in welcher alle Professoren ihre Interessenverbindungen offenlegen.

Das Thema Nebenbeschäftigung und öffentliche Ämter beschäftigt die ABG immer wieder, so auch an der UZH. Ein neues Reglement im Umgang mit öffentlichen Ämtern soll für alle UZH-Mitarbeitenden demnächst in Kraft gesetzt werden. Meldeformulare und Bewilligungsverfahren werden überprüft, ein ausführliches Merkblatt wird erarbeitet, Daten zu Nebenbeschäftigungen werden besser erfasst, Führungsverantwortliche werden besser sensibilisiert und so weiter. Ich finde das einen sehr umfangreichen Massnahmenkatalog. Und ich frage mich, ob mehr Merkblätter, Meldeformulare und Bewilligungsverfahren nicht nur mehr Bürokratie bewirken und ob informierten, gewissenhaften und motivierten Mitarbeitern nicht auch ein gesundes Mass an Eigenverantwortung attestiert werden darf.

Beim Thema LERU-Studie möchte ich nochmals betonen, dass 1 Franken im Budget der UZH knapp 4 Franken zusätzliche Wertschöpfung generiert. Daran sollte man vor allem dann denken, wenn Sparmassnahmen bei der UZH angesetzt werden. Als FDPlerin sind mir gesunde Finanzen im Kanton Zürich natürlich ein grosses Anliegen,

aber gerade im Wissensbereich sollte man den Blick aufs Ganze nicht vergessen.

Etwas überraschend war für die ABG die Antwort auf die Frage nach der Eigentümerstrategie der UZH gemäss PCG-Richtlinien (*Public Corporate Governance-Richtlinien*). Der Regierungsrat werde nochmals über die Eigentümerstrategie diskutieren und insbesondere darüber, ob allenfalls auf eine Eigentümerstrategie verzichtet werden könne. Gemäss dem Chef des Hochschulamtes (*Sebastian Brändli*) sei davon auszugehen, dass die Gewährung der Autonomie im Hochschulbereich heisse, dass es keine verbindliche Eigentümerstrategie brauche und der Leistungsauftrag genüge. Das finde ich wenig nachvollziehbar, weil in den PCG-Richtlinien festgehalten wird, dass eine Eigentümerstrategie zu bedeutenden Beteiligungen nötig ist und die UZH als bedeutende Beteiligung aufgeführt wird.

Zum Schluss noch ein Wort zu Horizon 2020 aus Sicht der FDP. Die UZH ist wie gehört von den Folgen des Entscheides zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 direkt betroffen. Die EU sistierte nach dem Abstimmungsresultat postwendend und als erste Sanktionsmassnahme überhaupt die Vollasoziiierung der Schweiz an das 8. EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 und die Beteiligung ans Austauschprogramm Erasmus plus. Das ist wirklich ein Problem. Im Herbst 2014 konnte zwar eine vorläufige Teilasoziiierung ausgehandelt werden, diese läuft aber Ende 2016 aus. Eine weitere Finanzierung konnte durch Geld aus der Bundeskasse um das akademische Jahr 2017/2018 verlängert werden. Was dann passiert, ist offen. Die Verhandlungen über die bilateralen Abkommen zur Personenfreizügigkeit entscheiden, ob der Hochschulstandort Zürich als Drittstaat bei Horizon 2020 mitmachen muss oder wieder vollumfänglich teilnehmen kann. Das ist sehr beunruhigend – nicht nur des Geldes wegen. Enge internationale Kooperationen auf so hohem Niveau wie bei Horizon 2020 können durch nichts ersetzt werden. Hier schadet sich die EU nicht sich selbst, nein, hier schaden wir uns allen in Europa, gerade auch der Schweiz. Die aktuelle Situation hat den Schweizer Hochschulen bereits spürbar geschadet.

Die ABG wurde vom Rektor informiert, dass die Universität Zürich und die Zürcher Ständeräte (*Daniel Jositsch und Ruedi Noser*) sich intensiv für eine gute Lösung für den Hochschulstandort Zürich einsetzen. Dies findet die FDP-Fraktion im Kantonsrat sehr wichtig und unterstützt es vollumfänglich. Der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz darf nicht isoliert werden. Wir müssen alles unternehmen, dass die Schweiz und speziell auch Zürich mit seinen

Hochschulen weiterhin ein international vernetzter und attraktiver Wissens- und Innovationsstandort bleibt.

Abschliessend möchte ich mich im Namen der FDP bei der Bildungsdirektion, dem Universitätsrat, der Universitätsleitung und allen Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement bedanken. Die FDP empfiehlt, den Jahresbericht der Universität Zürich zu genehmigen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Unser Kommissionspräsident hat ganz locker den Betrag der Universität zum L16-Sparprogramm als «verknappbar» dargestellt. Das steht auch so im Bericht. Das stimmt auch, das wurde vom Rektor so gesagt. Da ist er FDP-linientreu. Aber ob das dann tatsächlich keine Auswirkungen hat, das glauben wir nicht. Die Ansprüche, die die Gesellschaft und natürlich auch der gesellschaftliche Wandel an die Universität stellt, lassen sich ganz sicher nicht mit einer Kürzung des Budgets in dieser Höhe vereinbaren, wenn die Qualität nicht leiden soll. Wenn es in der Humanmedizin zu einem weiteren Ausbau der teuren Studienplätze kommt – und diese sind teuer –, und das bei sinkendem Budget, kann das nur heissen, dass die ohnehin problematischen Betreuungsverhältnisse wieder negativ beeinflusst werden. Und da, meine Damen und Herren, entscheidet sich die Qualität der Ausbildung für die Studierenden. Man kann da nicht alles durch Drittmittel ersetzen. Genau da funktioniert das nicht.

Meine Fraktion hat den Sinn und den Zweck der sicher sehr teuren LERU-Studie etwas hinterfragt. Man muss nicht viele Worte dazu verlieren, wenn gesagt wird, dass im Jahr 2014 die Uni 5,1 Milliarden Franken generierte, 42'400 Arbeitsplätze – und das zu 95 Prozent in der Schweiz – unterstützte, dann nehmen wir das zur Kenntnis und glauben das natürlich auch. Aber es gibt sicher wichtigere und aussagekräftigere Kennzahlen zur Qualität dieser Universität.

Erstaunt haben mich die Aussagen der SVP zur Forschungszusammenarbeit mit der EU. Ich meine, die SVP ist eigentlich die einzige Partei, die denkt, dass die Masseneinwanderungsinitiative überhaupt keine Auswirkungen hatte. Und wenn doch, dann «trötzelt» man ein wenig und gibt den anderen Schuld. Wir halten das nicht so.

Ich habe mir wieder einmal ein wenig – und das erstaunt vielleicht vor allem meine Fraktion – das Gleichstellungs-Monitoring näher angeschaut. Die Uni Zürich besuchten im Jahr 2015 10'870 Männer und 14'488 Frauen. Also viel mehr Frauen. Die Uni hat sich einen Aktionsplan Chancengleichheit erarbeitet und mit folgenden Zielen für das Jahr 2016 angereichert: Erstens, Verankerung der Chancengleichheit

von Frau und Mann in Organisation, Lehre und Nachwuchsförderung sowie Forschung. Dann zweitens, 25 Prozent Frauen auf Stufe ordentliche und ausserordentliche Professuren. Drittens, 40 Prozent Frauen auf Stufe Assistenzprofessuren, und viertens, eine Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsgremien. Was hat man erreicht? 22,31 Prozent Frauenanteil bei insgesamt 623 Professuren. Im Jahr 2014 waren es noch 21,46 Prozent. Das Ziel 25 Prozent, nicht erreicht. 31,15 Prozent beträgt der Frauenanteil bei den Assistenzprofessuren. Zwar gut, aber Ziel nicht erreicht. Über den letzten Punkt, die Erhöhung des Frauenanteils in den Leitungsgremien reicht ein kurzer Blick in eben diese, um zu sehen, dass man wohl nicht einmal die schwammigste Empfehlung erreicht hat. Im Unirat sitzt neben der Bildungsdirektorin noch eine einzige Frau. Das ganze Gremium wirkt übrigens ein wenig angejährt im Vergleich zu anderen Universitäten. In der Universitätsleitung sitzt ebenfalls nur eine einzige Frau. Die Dekanate der sieben Fakultäten sind mit zwei Frauen und fünf Männern auch nicht gerade ausgewogen besetzt.

Ich habe bei anderen Universitäten nachgeschaut. Einzig Bern ist noch so verschlafen in der Frage der Chancengleichheit. Viel weiter aber – mindestens was den Unirat betrifft – ist die Uni Basel. Im Universitätsrat sitzen fünf Frauen und sechs Männer. Er sieht also wesentlich frischer aus als derjenige von Zürich.

Frau Bildungsdirektorin, Herr Rektor, selbst die Wirtschaft merkt langsam, dass man mit ausgewogeneren Gremien eine höhere Wertschöpfung erzielt. Machen Sie sich also bitte endlich auf den Weg. Reden Sie mit den Frauen, machen Sie eine aktive Förderungspolitik und verkehren Sie nicht nur in ihren Männerzirkeln, wo Sie wahrscheinlich üblicherweise verkehren. Dann kommt das besser. Der Wunsch ist legitim, dass die Leitungsgremien einer Universität, mit einem derart hohen Frauenanteil bei den Studierenden, ausgewogener besetzt werden.

Ich danke Ihnen für die grosse Arbeit, die Sie leisten. Unsere Universität steht gut da, und auch da sind wir stolz. Wir werden dem Jahresbericht zustimmen. Danke.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Ich werde mich auch hier auf zwei Themen beschränken. 2015 war das Verhältnis zur EU eine besondere Herausforderung für die UZH. Besonders bei den Themen EU-Forschungsprogramme – wie wir bereits gehört haben –, unter anderem Horizon 2020. Zudem ist die Teilassoziierung der Schweiz leider bis Ende 2016 befristet. Die Schweiz wird bei diversen Ausschreibungen als Drittstaat behandelt, was unter anderem bedeutet, dass keine

direkte Finanzierung der EU erfolgt. Wie die Zukunft der UZH bei Horizon 2020 aussieht, hängt von der Fortführung des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit ab. Wir hoffen auf eine gute Lösung für die UZH und für Zürich.

Zum Fundraising und zu Stiftungsprofessuren: Wichtig ist, dass die rechtlichen Grundlagen für das Fundraising zweckmässig sind und korrekt angewendet werden. Gleichzeitig muss die Öffentlichkeit über die Verwendung der Drittmittel transparent informiert werden. Die UZH ist dabei auf dem richtigen Weg. Auch Stiftungsprofessuren führen oft zu Diskussionen. Wichtig ist dabei, dass für diese Stiftungsprofessorinnen und -professoren an der UZH dieselben Regelungen gelten wie für die anderen Professuren. Stiftungen oder andere private Geldgeber haben kein Mitspracherecht beim Berufungsprozess.

Wir schätzen die Leistungen der UZH ausserordentlich. Ihr Beitrag zur Standortattraktivität von Zürich und für die Wirtschaft des ganzen Kantons und der Schweiz ist sehr wichtig. Wir danken allen Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement und der Bildungsdirektion und der Universitätsleitung für die angenehme Zusammenarbeit.

Judith Stofer (AL, Zürich): Esther Guyer hat es bereits ausgeführt, die Betreuungsverhältnisse kommen mit Lül6 unter Druck. Zu den Qualitätsmerkmalen einer guten Hochschule gehört auch ein gutes Betreuungsverhältnis. Das Betreuungsverhältnis berechnet sich aus der Anzahl Studierenden pro Dozent und gilt als Kerngrösse für die Qualität des Unterrichts. Je besser das Betreuungsverhältnis, desto mehr Zeit hat ein Dozent sich um jeden einzelnen der Studierenden zu kümmern. Guter Unterricht setzt nicht nur auf gute und inspirierende Vorlesungen, sondern auch auf einen lebendigen Dialog und einen kreativen Austausch mit den Studierenden.

Die Jahresberichte zeigen, dass an vielen Fakultäten der Uni Zürich das Betreuungsverhältnis nach wie vor sehr schlecht ist. Verbesserungen sind gemäss den Ausführungen im Entwicklungs- und Finanzplan der UZH für die nächsten Jahre praktisch keine in Sicht beziehungsweise es wird nicht ausgeführt, mit welchen Massnahmen das Betreuungsverhältnis nachhaltig verbessert werden könnte. Viel mehr rechnet man noch mit einer Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses. Die Alternative Liste erwartet, dass die Universität Zürich alles daran setzt, dieses Betreuungsverhältnis nachhaltig zu verbessern.

Mit dieser kritischen Bemerkung wird die Alternative Liste den Jahresbericht der Universität Zürich genehmigen.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Ich werde die Bemerkungen meiner Vorredner nicht wiederholen. Vielmehr möchte ich der Uni-Leitung einfach zu dem informativen und deshalb sehr lesenswerten Jahresbericht gratulieren.

Besonders angesprochen haben mich die Fragen über das Leben, auf die es noch keine wissenschaftlichen Antworten gibt, die uns aber dennoch beschäftigen: Wie entstand das Leben? Auf diese Frage kann Professor Mosimann (*Christian Mosimann*) keine Antwort geben. Er stellt vielmehr fest, dass vorläufig nur aus Lebendem etwas Lebendiges geschaffen werden kann. Weiter: Gibt es ein Leben nach dem Tod? Auf diese Frage stellt Professor Schmid (*Konrad Schmid*), der Theologe, fest, dass im Judentum und im Christentum die gedankliche Auseinandersetzung mit der eigenen Endlichkeit zurecht sehr viel stärker ausgeprägt sei als die Spekulationen über die Unsterblichkeit oder postmortale Existenzformen.

Die Frage, wann beginnt das Leben, beantwortet Frau Professorin Tag (*Brigitte Tag*), die Straf- und Medizinrechtlerin, so: «Medizinisch gesehen beginnt das Leben mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle.» Daraus könnte auch gefolgert werden, dass eine Abtreibung Leben zerstört. Lebensbeginn kann heute künstlich herbeigeführt werden. Recht und Ethik sind aufgerufen, diese Entwicklung zu begleiten und Missstände abzuwehren. Frau Professorin Bischoff (*Heike Annette Bischoff-Ferrari*), die Geriaterin, erklärt auf die Frage, leben wir immer länger, folgendes: «Medizin um der blossen Lebensverlängerung Willen ist nicht erstrebenswert. Die moderne medizinische Altersforschung hat zum Ziel, dem Menschen ein möglichst langes und gesundes Leben zu ermöglichen. Sie sollen körperlich und geistig fit bleiben.»

Für Frau Professorin von Rechenberg (*Brigitte von Rechenberg*), die Veterinärin, ist die Antwort auf die Frage, wann lebt ein Tier gut, diese: «Wenn es sich seiner Natur entsprechend entfalten kann, keinem Missbrauch ausgesetzt ist und seine Würde in jeder Situation gewahrt bleibt.» Diese Statements zeigen, dass sich die Universität nicht nur mit rein wissenschaftlichen, also beweisbaren Themen, auseinandersetzt.

Gefreut hat mich als Juristen natürlich die Tatsache, dass mit Professor Sethe (*Rolf Sethe*) ein Jurist für praxisnahen Unterricht ausgezeichnet wurde und den Lehrpreis 2015 erhalten hat, in einer Wissenschaft, die gemeinhin als trocken bezeichnet wird und bei der eine gehörige Portion Kreativität nötig ist, um die Studenten zu begeistern.

Im Weiteren möchte ich noch auf die Rolle der Universität als Rektorenschmiede hinweisen. Frau Professorin Schenker (*Andrea Schenker-*

Wicki) wurde Rektorin der Uni Basel. Ja, Sie haben richtig gehört, von der Uni Basel. Professor Staffelbach (*Bruno Staffelbach*) wird inskünftig der Uni Luzern als Rektor vorstehen. Beide sind Betriebswirtschaftler. Das sind Früchte einer nachhaltigen Nachwuchsförderung – also, die Quotenregelung wurde auch beachtet. Es lohnt sich diesen Jahresbericht genauer anzusehen. Er ist voller Highlights.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis: Die geplanten Vorhaben der Uni und des USZ (*Universitätsspital Zürich*) kosten eine grosse Menge Geld, und wir wollen ja mit unseren Finanzen haushälterisch umgehen. Der Denkmal- und Heimatschutz verzögert und verteuert diese Projekte mit Einsparungen. Wir möchten gerne wissen, was das die Öffentlichkeit schon gekostet hat. Wir sollten uns aber auch Gedanken machen über die künftige Stellung des Denkmalschutzes. Können und wollen wir uns diese Kosten in Zukunft im bisherigen Umfang noch leisten? Wir werden dem Jahresbericht zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Astrid Gut (BDP, Wallisellen): Endlich haben wir es schwarz auf weiss: Unsere Uni ist nicht nur das geldschluckende Bildungsungeheuer, sondern generiert eine beachtliche Wertschöpfung. Wie die LERU-Studie aufzeigt, resultiert aus jedem budgetierten Franken ein Mehrwert von 4 Franken, also rund 5,1 Millionen Franken in Form von Löhnen, Wissensaustausch, Sachkonsum, Kongresstourismus und so weiter.

Für diesen besonderen Einsatz danken wir allen Beteiligten der Universität und genehmigen den Jahresbericht.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Im Gegensatz zum akademischen Frankreich, wo seit vorletzter Woche und dem Erscheinen des World University Rankings 2016/2017 des vielbeachteten Hochschulmagazins «Times Higher Education» (*THE*) hellste Aufregung herrscht – die beste französische Universität, die Ecole Normale Supérieure findet sich erst auf Platz 66 –, schlug die Rückversetzung der Uni Zürich um einen weiteren Platz auf Platz 104 im Top 400 World Reputation Ranking von THE keine hohen Wellen.

Die ungenügenden Bewertungen von Forschung und Lehre durch THE müssten der Universitätsleitung umso mehr ein Dorn im Auge sein, als die Zürcher Uni gegenüber vergleichbaren Universitäten in diesen beiden Disziplinen massiv abfällt. Und als Wissenschaftsstandort Zürich ist die ETH – aber sicher nicht die Universität Zürich – auf Augenhöhe mit Boston, San Francisco und London, Herr Rektor

Hengartner. So viel zu Ihren Aussagen in einer der diesjährigen Ausgaben der Sonntagszeitung...

Das akademische Gefälle zwischen ETH und Uni darf nicht kaschiert werden. Die ETH rangiert hervorragend auf Platz 9 des THE, die Ecole Polytechnique Lausanne hat auch dieses Jahr wieder einen Platz gutgemacht und liegt auf Platz 30. Und die Universität Basel hat sogar drei Plätze gutgemacht und liegt jetzt auf Platz 98 – acht Plätze vor der Uni Zürich. Der Übertitel eines Tages-Anzeigers aus dem Jahre 2013 «ETH top, Uni flop» gilt leider immer noch.

Zu den im weltweiten Vergleich Top-UZH-Salären und zu den durch die Uni Zürich ausgerichteten fürstlichen Nebenleistungen, genannt «Fringe Benefits» – dazu die Stichworte «Sabbaticals» und «Doppelkarrieren» – sowie zur Vielzahl von Lehrkräften aus dem nördlichen Nachbarland äussere ich mich heute nicht weiter.

Erlauben Sie mir dafür einige Feststellungen zu offenen Baustellen, welche den Universitätsrat und das Rektorat beschäftigen müssten. Erstens: Im Gegensatz zur erfolgreichen ETH ist die Universität Zürich hoffnungslos verpolitisiert. Und das muss endlich aufhören. Zweitens: Die Führungsstrukturen entspringen der Mitte des letzten Jahrhunderts. Wann endlich werden die akademische und betriebswirtschaftliche Führung der Zürcher Alma Mater entflechtet, sehr geehrte Damen und Herren? Wann endlich erhält die Universität Zürich einen CEO, welcher das Grossunternehmen Uni Zürich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen führt? Wann endlich kann sich die akademische Führungsspitze der Universität auf das konzentrieren, von dem sie etwas versteht, nämlich auf Forschung und Lehre? Und drittens: Wann endlich wird die Universität Zürich nicht weiter nach egalitären Grundsätzen geführt, sondern sieht sich wieder als das was sie sein muss, eine Kaderschmiede und eine Wirkungsstätte der akademischen Elite?

Die UZH ist in den vergangenen Jahren in vielen Disziplinen immer mehr zu einer Frauenuniversität mutiert, insbesondere bei den philosophischen Fächern und in Teilen der naturwissenschaftlichen Fächer wie Biologie und – hören Sie, liebe Linke, aber Sie können ja sowieso nicht sehr gut rechnen –, ganz bedenklich, bei der Mathematik sowie im Fach Geographie. Und in den Massenstudienfächern scheinen sich immer mehr Absolventen mit einem Bachelor-Titel zufrieden zu geben und geben sich dem Trugschluss hin, mit dem Abschluss eines Grundlagenstudiums sei es getan, Mann oder Frau könne sich jetzt auf den Lorbeeren ausruhen und schnell viel Geld verdienen. Ein paar Jahre später rächt sich das dann brutal.

Noch ein Wort zu den Doktoranden: 70 Prozent kommen aus dem Ausland und in der Mathematik doktorieren fast ausschliesslich nur noch Frauen. Soviel zum Grundlegenden. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Gabi Petri (Grüne, Zürich): Eine kleine Philippica. Geschätzte Anwesende, erlauben Sie auch mir einige Bemerkungen zum Tages-Anzeiger von heute zum bildungspolitischen Thema auf der Titelseite des Zürich-Bundes zur Abschaffung der Lateinpflcht am Deutschen Seminar der Universität Zürich: Es steht der Titel «Der Anfang vom Ende» oder wie Vergil (*römischer Dichter*) schon zum trojanischen Pferd schrieb – etwas vereinfacht: «Timete graecos et dona ferrentes.» Will heissen: «Fürchtet die Griechen, auch wenn sie Geschenke bringen.» Mit den schenkenden «Griechen» sind hier die netten Professoren gemeint, die sich den Lateinunterricht schenken.

Meine Damen und Herren, die Abschaffung der Lateinpflcht mag ja den Studierenden als eine Erleichterung erscheinen. Aber nicht jede Erleichterung ist auch ein Geschenk. Die lateinische Sprache birgt – Sie mögen mir das verzeihen – ungeahnte Schätze: Kultur, Geschichte, Wissen und vor allem eine klare Sprachstruktur. Eine klare Sprachstruktur, die auch dem klaren Denken förderlich ist – auch für Literaturwissenschaftler.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, können wir es uns leisten, die Studierenden vom Üben des klaren Denkens zu entbinden? Ich meine nein. Und wie schon Cicero sagte: «Cui bono?» Wem nützt das? Oder: «Oh tempora, o mores.» (*Oh Zeiten, oh Sitten*) Herr Hengartner, wehren Sie sich.

Bettina Balmer (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte das Wort an Hans-Peter Amrein richten wegen des Rankings der Universitäten: Wir wissen beide, dass es verschiedene Rankings gibt und dass es, je nachdem welches Ranking man betrachtet, andere Plätze im Ranking gibt für die einzelnen Universitäten. Nach gründlicher Oberaufsicht finde ich, dass die UZH international sehr gut dasteht. Luft nach oben gibt es überall.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir noch einmal auf das Qualitäts-Management und die Reputation der Universität Zürich zu sprechen zu kommen. International gibt es für die Geisteswissenschaften keine relevanten Rankings. Ergo werden und wurden von den sieben Fakultäten der Uni nur deren drei

in den von mir vorhin erwähnten Rankings berücksichtigt. Die Universitätsleitung müsste sich deshalb überlegen, wie sie die Qualität und die gesellschaftspolitische Relevanz der vier international nicht bewerteten Fakultäten gewährleistet.

Bei der Medizin gibt es Eignungstests. Und wie steht es in den Massen-Studienfächern Soziologie, Politologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften? Ist es nicht Aufgabe einer Universität dafür zu sorgen, dass Absolventen dieser Leichtgewichtsdisziplinen sich auch Eignungstests unterwerfen müssen und nicht nach Erwerb des Bachelor-Titels ihre Studien abbrechen und mehr oder weniger ungewappnet ins Berufsleben einsteigen?

Die Universität Zürich sollte sich an den besten messen, Herr Rektor Hengartner, und nicht wie auch dieses Jahr sich dem Selbstlob hingebend in vielen akademischen Disziplinen einem egalitären Leistungsprinzip frönen.

Eine wissenschaftliche Hochschule hat die geistige Elite auszubilden. Und diesen Kernauftrag hat die Universitätsführung in den letzten Jahren zu sehr in den Hintergrund gestellt. Die Quittung dafür hat die Universität Zürich auch dieses Jahr wieder mit der unbefriedigenden Bewertung durch Times Higher Education erhalten. Aufgrund dieser Feststellung ist es mir leider nicht möglich, dem Jahresbericht 2015 der Universität zuzustimmen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Eigentlich ist es ja erfreulich, wie viele Emotionen die Uni auslöst, nur schon bei der Verabschiedung des Jahresberichtes. Ich sehe das eigentlich als Lob an.

Replicando würde ich eigentlich nur zu einem Punkt etwas sagen, und zwar zur Frauenförderungsfrage: Es ist so, dass ich nicht die einzige Frau bin im Unirat. Sie können also beruhigt sein Frau Guyer. Ich fühle mich da geschlechtsmässig also nicht sehr isoliert. Die Zusammensetzung des Unirates können sie im Internet nachsehen.

Zur Frauenförderungsfrage noch eine Bemerkung: In diesem Fall kann ich Sie heute ebenfalls an der Konferenz zum Thema «Women and Leadership» begrüßen. Sie fängt um 13.00 Uhr an.

Was ich für die Fachhochschulen gesagt habe, gilt auch für die Uni. Sie ist sehr gut aufgestellt. Die Uni ist innovativ und sie ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Zürich. Hot-Spot ist derzeit die Hochschulmedizin. Das wurde heute nicht erwähnt, aber Sie haben letztes Jahr ein Gesetz verabschiedet, und wir sind organisatorisch gut unterwegs. Wichtige Vorgaben sind aufgegleist, die grosse Arbeit steht aber noch an. Die Erhöhung der Medizin-Studienplätze, das ha-

ben Sie sicher auch gelesen, mit einer Anschubfinanzierung des Bundes wird ebenfalls realisiert werden.

Auch hier geht mein Dank an die Kommission für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, und besonderer Dank geht an den Rektor und alle Mitarbeitenden an der Universität.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

I., II. und III.

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 166 : 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5262a zuzustimmen. Damit ist der Jahresbericht der Universität Zürich für das Jahr 2015 genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Rolf Steiner: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, am letzten Montag hat die 30. Jassmeisterschaft des Kantonsrates stattgefunden, mit immerhin 44 Teilnehmenden.

Die ersten fünf Plätze in der Schieber-Kategorie haben fünf aktive Kantonsrätinnen und Kantonsräte belegt – man kann sich darüber wundern oder nicht: Im 1. Rang Jürg Sulser, im 2. Rang Daniel Hodel, im 3. Rang Thomas Marthaler, im 4. Rang Prisca Koller und im 5. Rang Sonja Gehrig. Also sind auch fünf verschiedene Fraktionen beteiligt. Ich gratuliere herzlich (*Applaus*).

In der Kategorie Differenzler war der Sieger Paul Wietlisbach, zweiter Beni Schwarzenbach und dritter Peter Preisig. Auch hier gratulieren wir herzlich (*Applaus*).

*Fraktionserklärung der EDU zum Web-Angriff auf die Initiative
«Schutz der Ehe»*

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die von der EDU erstellte Webseite zur Volksinitiative «Schutz-der-Ehe» ist kürzlich von unseren politischen Gegnern kopiert worden. Allerdings nicht ganz eins zu eins, sondern mit leicht abgeänderten Inhalten und 180 Grad konträren Aussagen. Aber sonst natürlich bewusst zum Verwechseln ähnlich mit dem Original.

Dass unsere Gegner keine echten Argumente gegen den Schutz der natürlichen Ehe haben, ist offensichtlich. Dass sie dann aber versuchen, die Abstimmung vom 27. November mit einer irreführenden Fälschung zu beeinflussen, ist eine perfide und fiese Masche aus der untersten Schublade.

Die Begründung, die EDU habe ihre Webseite zu wenig geschützt, ist wie wenn ein Einbrecher sagen würde, das Glasfenster habe seinem Steinschlag nicht standgehalten, und darum sei für den Einbruch der Hauseigentümer verantwortlich. Dass sich PS-Redakteurin (*Redakteurin der Wochenzeitung «PS»*) und Nationalrätin Min Li Marti mit ihrem Mann (*Balthasar Glättli*), ebenfalls Nationalrat, für diese Unverfrorenheit einspannen liess, sagt einiges aus über ihr politisches Verständnis und dasjenige ihrer Partei. Wo ist da die Toleranz der sich selber besonders tolerant bezeichnenden Parteien gegenüber Andersdenkenden? Diese Parteien sind im Grunde genommen gefährliche und der Demokratie schadende Mogelpackungen.

Eine Nationalrätin, die sich in ihrer Zeitung schon mehrmals über den politischen Stil und die Verluderung von Anstand und Sitte echauffiert hat, selber jedoch genauso eine Kampagne gegen politische Gegner unterstützt, ist mehr als nur doppelzüngig. Dasselbe gilt für Parteien, die für solch eine miese Aktion ihr Logo zur Verfügung stellen. Anstand und Political Correctness sehen anders aus. Danke.

Ratspräsident Rolf Steiner: Und bevor ich Sie in die Pause entlasse, gratuliere ich Roger Liebi zu seinem «Schnappszahl-Geburtstag» (*Applaus*).

4. Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule»

Antrag des Regierungsrates vom 29. Juni 2016 und geänderter Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 27. September 2016

Vorlage 5294a

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Ich erlaube mir sozusagen als Warm-up, bis alle dann auch Platz gefunden haben und bevor ich mit der eigentlichen Begründung des KBIK-Antrages beginne, eine Bemerkung zum Titel dieses Volksbegehrens. Nur eine Fremdsprache soll an der Primarschule also unterrichtet werden. Der Begriff der Fremdsprache bezieht sich dabei sowohl auf die französische wie auch die englische Sprache. Aus pädagogischer Sicht ist diese Begrifflichkeit korrekt gewählt. Für die Schülerinnen und Schüler sind beide Sprachen fremd. Aus staatspolitischer Perspektive ist das Französisch aber weiterhin eine Landessprache. Ob Fremdsprache oder Landessprache, dieser Hinweis mag kleinkariert erscheinen, doch in dieser Nuance kommt vielmehr zum Ausdruck, dass wir die Begrifflichkeit in dieser Diskussion wohlüberlegt wählen sollten.

Nicht zuletzt weil sich diese Initiative nicht einfach gegen eine zweite Fremdsprache richtet, sondern auch die zweite Landessprache miteinschliesst, beantragt die KBIK Ihnen mit 9 zu 6 Stimmen, diese Initiative abzulehnen. Gerade aus staatspolitischer Sicht kommt diese Volksinitiative in einem Moment, in dem der Bundesrat zunehmend ungeduldig wird und mit einer eben erst abgeschlossenen Vernehmlassung zur Änderung des Sprachengesetzes auch konkrete Schritte eingeleitet hat um allenfalls in die Kantonshoheit einzugreifen, wenn sich die Kantone vom bisher gelebten Sprachenkompromiss verabschieden. Das ist aus unserer Sicht unbedingt zu vermeiden.

Aber auch unabhängig von der Drohung des Bundes ist gerade in der Sprachefrage ein koordiniertes, zwischen den Kantonen abgestimmtes Vorgehen dringend notwendig und sinnvoll. Alleingänge einzelner Kantone tragen nicht zu einer starken Bildung in der Schweiz bei.

Aber nicht nur aus dieser nationalen Perspektive, sondern auch weil das Zürcher Volk schon zweimal dem Konzept von Englisch und Französisch an der Primarschule zugestimmt hat, meinen wir, dass diese Volksinitiative nicht unterstützt werden sollte. Diesen staatspolitischen Überlegungen entziehen sich die Initianten, indem sie sich

nicht zur Frage äussern, ob denn nun Englisch oder Französisch aus der Primarschule verbannt werden sollte. Sie argumentieren – und das ist ja auch durchaus legitim – rein pädagogisch. Mit ihnen spricht sich die Kommissionsminderheit für einen effizienten Fremdsprachenunterricht aus. Entscheidend ist nicht, wann mit dem Sprachenlernen begonnen wird, sondern ob die Lernziele am Schluss der obligatorischen Schulzeit erreicht werden. Dieses ist aus ihrer Sicht ebenso oder eben besser zu erreichen, wenn an der Primarschule nur eine Fremdsprache und erst an der Sekundarschule die zweite unterrichtet würde. Das heutige parallele Lernen überfordert demgegenüber viele Schülerinnen und Schüler und gleichzeitig wird ein Zusammenhang mit dem heutigen Fremdsprachenlernen und den mangelnden Deutschkenntnissen am Ende der Schulzeit hergestellt. Deshalb führe nur eine Fremdsprache an der Primarschule zu einer besseren Qualität, so die Minderheit.

Die Kommissionsmehrheit widerspricht dieser Einschätzung. Die Mehrheit der Kinder ist von zwei Fremdsprachen in der Primarschule nicht überfordert. Das trifft auch auf Kinder mit Migrationshintergrund zu. Nicht wenige von ihnen können zum Beispiel in Französisch ihre Muttersprache ableiten, womit ihnen Französisch manchmal sogar leichter fällt als den Kindern mit schweizerdeutscher Muttersprache. Natürlich gibt es Kinder, die eher belastet sind durch zwei Fremdsprachen, doch das gibt es in allen anderen Fächern auch, und dann wird die Forderung, sie beispielsweise von Mathematik zu befreien, ja auch nicht erhoben. Dieses Argument verfängt also nicht.

Für die Mehrheit der KBIK würde nur eine Fremdsprache bedeuten, dass man sich auf Kosten der normal durchschnittlichen und guten Schüler an den Schwächeren orientiert. Das wäre eine bildungspolitische Sünde. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass in der Vernehmlassungsvorlage zum Lehrplan 21 eine Verstärkung des Anfangsunterrichts in den Fremdsprachen vorgesehen ist. Damit würde man auch der Klage aus der Lehrerschaft begegnen, der Sprachunterricht in der Primarschule verpuffe ohne grossen Lernerfolg, weil zu wenige Lektionen dafür eingesetzt werden.

Die Initiative wird – und das hat durchaus Gewicht – auch von Verbänden der Lehrerschaft getragen. Deren Sorgen und Klagen haben uns natürlich zu interessieren. Niemand wird behaupten, dass wir beim Sprachenlernen einen Idealzustand erreicht haben. So wird auch unabhängig von dieser Volksinitiative seit einiger Zeit ein neues Französisch-Lehrmittel für die Mittelstufe der Primarschule erarbeitet, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen.

Auch Vorstösse aus dem Parlament zielen auf Verbesserung des Unterrichts ab. Ich erinnere an den vermehrten Sprachen- und Kulturaus-

tausch von Schülerinnen und Schülern und Lehrpersonen in Ausbildung oder an die Forderung nach vermehrten immersiven Unterrichtssequenzen. An Verbesserungen zu arbeiten, ist eine permanente Aufgabe. Die Initianten aber greifen dafür zum Vorschlaghammer. Doch der Vorschlaghammer eignet sich einzig zum Abbruch, zur Zerstörung. Die Kommissionsmehrheit möchte demgegenüber gestalten. Die Stärkung der Lehrkräfte oder ein neues Lehrmittel sind dabei gerade für die Schule bessere Instrumente als der Vorschlaghammer der Initianten.

Auch wenn die Initianten sich dem Entscheid entziehen wollen, am Schluss bleibt die Frage, welche Sprache die Schülerinnen und Schüler in der Primarschule lernen. Die Regierung hat sich klar geäußert: Ob mit ein oder zwei Fremdsprachen, Französisch wird dazugehören. Eine Primarschule ohne Englisch? Lange werden wir nicht auf den nächsten Aufschrei oder auch auf die nächste Initiative warten müssen.

Im Namen der KBIK-Mehrheit beantrage ich Ihnen deshalb, sowohl aus bildungspolitischen wie aus staatspolitischen Überlegungen diese Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Besten Dank.

Anita Borer (SVP, Uster): Mit der Fremdspracheninitiative fordert ein breit abgestütztes Komitee, dass eine Fremdsprache der Primarstufe auf die Sekundarstufe verlegt wird. Diese Forderung unterstützen wir, denn sie ist für uns nur allzu logisch. Wer die aktuelle Situation an den Schulen und im schulischen Umfeld beobachtet und wer eine Schule will, die den Ansprüchen der heutigen Zeit gerecht wird, muss Ja zur Initiative stimmen.

Ich verstehe die Linke und insbesondere diejenigen Mitteparteien nicht, die diesem Thema so unkritisch begegnen und einfach dem Mainstream der Bildungsreformer folgen. Auch Mitte-Links dürfte es nämlich interessieren, dass uns einerseits Arbeitskräfte in den MINT-Bereichen (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik*) fehlen und sich andererseits viele Lehrbetriebe über ungenügendes grundlegendes Wissen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern insbesondere in Deutsch und Mathematik beklagen. Offensichtlich kann die Schule in dieser Hinsicht einen wichtigen Auftrag nicht erfüllen. Dies muss uns doch alle hellhörig machen, geschätzte Damen und Herren.

Anstatt dass diese Problematik ernst genommen wird, wird dem System Schule immer mehr auferlegt. Der Lehrplan 21, eine der grössten

Schulreformen der letzten Jahre, die ebenfalls zwei Fremdsprachen an der Primarschule propagiert, ist nur ein Beispiel dafür.

Und wieso das alles? Das frühe Fremdsprachenlernen, wie es bei uns praktiziert wird, ist nicht nur in wissenschaftlichen Untersuchungen höchst umstritten, auch viele erfahrene Lehrpersonen zweifeln am nachhaltigen Erfolg.

Es ist demnach klar, wo der Schwerpunkt in der Volksschule liegen muss. Sobald die Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik erreicht sind, können die Fremdsprachen angegangen werden. Die Oberstufe bietet dafür noch genügend Möglichkeiten und oft sogar die besseren Rahmenbedingungen.

Was sind konkret die Vorteile bei einem Ja zur Initiative? Erstens: Grundlegende Fächer rücken wieder in den Fokus. Mit der Verschiebung von zumindest einer Fremdsprache in die Oberstufe können die grundlegenden Fächer wie Deutsch und Mathematik wieder vertiefter behandelt werden. Die Lektionenzahl soll sich ja mit der Initiative nicht verändern. So tun wir unseren Schulabgängerinnen und Schulabgängern den grössten Gefallen für ihre künftige Ausbildung.

Zweitens: Die schwachen und die starken Schüler profitieren. Mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule schafft es mindestens ein Drittel der Primarschulkinder nicht, die vorgegebenen Lernziele zu erreichen. Zwei Wochenlektionen reichen dafür einfach nicht aus. Oftmals wird dann die Förderung auf die Fremdsprachen ausgelegt, wodurch andere wichtige Förderbereiche wieder in den Hintergrund treten. Von nur einer Fremdsprache an der Primarschule profitieren deshalb die schwächeren und die begabteren Schüler, denn beide können sich so auf die grundlegenden Fächer konzentrieren und dort ein gewisses Leistungsniveau erreichen.

Drittens: Der finanzielle und pädagogische Aufwand kann gesenkt werden. Der Fremdsprachenunterricht kostet viel, auch für die entsprechende Aus- und Weiterbildung der Primarlehrkräfte. Für lediglich zwei Wochenlektionen Französisch beziehungsweise Englisch wird viel Aufwand betrieben. Dieser ist mit anderen Fächern mit gleich vielen Lektionen nicht vergleichbar. Zudem tun sich viele Schulen schwer, Lehrkräfte mit dem entsprechenden Sprachenprofil zu finden.

Fazit: Mit der Verschiebung von einer Fremdsprache in die Oberstufe profitieren alle, die begabten und die schwachen Schülerinnen und Schüler, was letztlich auch Lehrpersonen und Eltern zufriedenstellt. Das sind gleich ein paar Fliegen auf einen Streich. Was will man mehr? Bitte unterstützen Sie die Fremdspracheninitiative. Besten Dank.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Der Ursprung der Initiative, ein gewisses Unwohlbefinden vor allen Dingen aus Lehrerkreisen, ist nachvollziehbar. Es ist wirklich nicht so wahnsinnig toll, wenn man schon Zweitklässlern in Englisch eine Note geben muss. Es ist auch nicht wahnsinnig sexy, bereits in der 5. oder 6. Klasse das «tu es» immer wieder korrigieren zu müssen. Doch seien wir ehrlich, es ist doch ein falscher Fokus. Wir orientieren uns zu oft an der Schriftlichkeit. Mit anderen Worten, es ist doch einfach wichtig, weder den Esel noch den Sack zu schlagen, wenn man den Meister, allenfalls die Lehrpläne, meint. Und auch da meinen wir, nein, mit Gewalt, mit Schlägen lässt sich nichts lösen, wir müssen genau hinschauen.

Viele hier im Saal haben Französisch auf der Sekundarstufe gelernt. Eventuell waren die einen oder anderen in einem Pilot dabei und haben bereits ab der 5. Klasse mit «Bonjour Aline» begonnen. Ein Teil ist jünger und hat regulär in der 5. Klasse mit Französisch begonnen, aber Englisch kam wohl für die meisten hier im Saal erst in der Oberstufe. Und wie ist die Erinnerung daran? Französisch, äh, kompliziert, schwierig. Yeah, Englisch, das sind die Songs, das ist die Hitparade – auch wenn sie nicht mehr Hitparade heisst. Aber Englisch ist doch die Sprache, die man möchte.

Wir in der heutigen Situation sollten nun in der Lage zu sein, weder das eine noch das andere gegeneinander auszuspielen, sondern die Chancen zu sehen. Die Kinder auf der Primarschule sind auch nicht alle gleich – wie wir alle nicht einfach gleich sind. Es gibt jene, die sind Mathe-Fan, die rechnen wahnsinnig gern. Es gibt andere, die möchten eigentlich nur zeichnen oder singen. Und dann gibt es noch jene, die die Sprachen mögen. Glücklicherweise gibt es aber haufenweise Schnittmengen. Sie mögen sich bestimmt an die Mengenlehre erinnern: Mengenlehre – Schnittmenge. Und genau auf diese Schnittmenge mögen wir uns doch konzentrieren, auf das normal begabte – um das Wort «normal» zu strapazieren –, normal lernfähige Kind. Kinder sind interessiert an Neuem. Während der Pubertät geht das Interesse ein Stück weit verloren. Da zählt anderes, da zählen je nachdem Kleider, Freunde, Freundinnen, ob man eine Lehrstelle hat oder nicht. Und die Pubertät ist einfach zeitlich gleich wie die Sekundarstufe I. Wenn nun eine Fremdsprache auf die Sek verlegt werden sollte, dann ist das gleichbedeutend mit, man könnte es eigentlich grad vergessen. Das Interesse am Wörterlernen ist dann überhaupt nicht mehr vorhanden. Das sollten Sie auch noch aus eigener Erfahrung wissen. In der Sekundarstufe ist es wichtig, eine Lehrstelle zu finden.

Kurzum: Mögen wir doch weiter daran festhalten, dass Kinder in der Primarschule sowohl «comment ça va» als auch «how do you do» oder «how are you» lernen und sich dabei auch etwas staatsmännisch oder «staatsfraisch» fühlen können. Die kleinen Knirpse und auch die grösseren Kinder fühlen sich ernst genommen, wenn sie merken, dass sie einen Schritt auf die Welt zu machen. Das ist mit Mathe ein bisschen schwieriger. Doch eben auch da sollten wir nichts gegeneinander ausspielen.

Also, sorgen wir doch dafür, dass die Parameter und die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört auch, dass wir die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen ernst nehmen, genau hinschauen, Halbklassen fördern und Klassengrössen nicht ins Unermessliche steigen lassen. Dazu gehört auch die Thematisierung eines Sprachenkonzepts, das den Lehrpersonen wirklich zeigt, wie Deutsch, Englisch, Französisch ineinander greifen können. Und vor allem – damit komme ich zum Anfang zurück – schauen wir doch wieder einmal auf die Benotung. Es geht auch differenziert, gerade auch im Zusammenhang mit dem kompetenzorientierten Lernen. Wir müssen nicht alle Kommafehler, s-Fehler oder Accent-aigu-Fehler anschauen, sondern auf Kommunikation setzen. Wollen wir uns doch verstehen, gesamtschweizerisch und über die Grenzen hinaus. Darum: Nein zur Initiative.

Cäcilia Hänni (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion lehnt die Volksinitiative ab. Die Initiative verlangt nun einen Salto rückwärts in der Zürcher Volksschule. Im Kanton Zürich kann das nicht sein. Die FDP hat sich stets fürs Frühenglisch stark gemacht und sie erachtet die beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch für Jugendliche in Zürich als Muss, wenn sie eine berufliche Laufbahn beschreiten wollen. Das Ganze steht auch im Widerspruch zum Lehrplan 21 und zu Harnos, wie bereits Herr Spillmann ausgeführt hat.

Die Lehrerschaft hat bei der Umfrage – welche die Initianten gerne ins Feld führen –, weshalb die zweite Fremdsprache auf Primarschulstufe abgeschafft werden sollte, immer wieder ins Feld geführt, dass Englisch eigentlich als erste Fremdsprache herangezogen werden sollte und auch die Kinder würden Englisch als erste Fremdsprache begrüßen. Die Initiative missachtet, dass dies bei einer Annahme gar nicht möglich wäre, dass eben dann Französisch als erste Fremdsprache kommen würde, vom Bund verordnet, und dass denke ich, wäre nicht im Interesse des Kantons.

Wir anerkennen, dass der Fremdsprachenunterricht in der Volksschule Verbesserungspotenzial hat, und wir nehmen auch die Sorgen der Lehrpersonen diesbezüglich ernst. Ein Teil davon hat die Bildungsdi-

reaktion auch bereits aufgenommen, indem dass sie Lehrmittel verändert hat und neue Lehrmittel lanciert hat, und auch die Ausbildung der Lehrpersonen hat in den vergangenen zehn Jahren massive Fortschritte gemacht. Ich weiss aber auch, dass hier noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist.

Interessant ist auch, dass dieselben Lehrpersonen, die die Volksinitiative unterstützen, auch wertvolle Hinweise geben, wie der Unterricht verbessert werden könnte. Gleichzeitig werden diese Hinweise mit der Volksinitiative aber auch blockiert, und das macht wenig Sinn. Die Lehrerschaft kennt offensichtlich die Strategien, wie der Unterricht verbessert werden könnte und kämpft nun für die Abschaffung der zweiten Fremdsprache. Das ist ein Widerspruch. Das ist als ob ein Kind in der Primarschule vor einer schwierigen Rechenaufgabe sitzt, verschiedene Lösungsstrategien zur Hand hätte und wüsste, wie es zum Ziel kommen könnte, sich am Ende aber entschliesst, das Problem doch erst in zwei Jahren anzugehen, weil es zurzeit den Aufwand scheut. Sie können sich sehr gut vorstellen, was Lehrpersonen zu einem solchen Schüler sagen könnten – oder etwa nicht?

Die Volksinitiative missachtet den Lernwillen und die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der grossen Mehrheit der Kinder. Das erachten wir als unfair. Es ist fahrlässig, die Volksschule stets nach unten zu nivellieren. Es kann nicht sein, dass leistungsfähige Kinder auf wesentlichen Schulstoff verzichten müssen, nur weil ein Teil der Kinder damit überfordert ist. Es gab und gibt auch in Zukunft in jeder Klasse einzelne Kinder, die mit einem Teil des Schulstoffs überfordert sind. Hier gilt es Lernziele mit gesundem Menschenverstand anzupassen. Aber man kann nicht einfach ein Schulfach deswegen abschaffen. Wenn man jedes Schulfach abschaffen müsste, in dem einzelne Kinder überfordert sind, dann hätten die Kinder 365 Tage im Jahr schulfrei.

Wer sagt uns, was die heute überforderten Kinder mit einer Verlagerung in die Sek nicht einfach in der Sekundarschule überfordert wären? Es wäre ein ziemlicher Schildbürgerstreich, jetzt nach zehn Jahren, wenn die Früchte der Einführung von zwei Fremdsprachen langsam zu reifen beginnen, den Baum als solches zu fällen.

Der ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*) fordert einen Neuanfang in der Fremdsprachenfrage. Neuanfang erachte ich persönlich als einen klugen Ansatz. Für mich besteht er aber nicht in der Abschaffung der zweiten Fremdsprache auf Primarschulstufe, sondern in der Art der Vermittlung und deren Zielsetzung, die angepasst werden müssen. Hier haben die Lehrpersonen selbst – meines Erachtens –

wertvolle, prüfungswerte Vorschläge eingebracht. Alle involvierten Ebenen vom Regierungsrat über den Bildungsrat bis hin zu der Lehrerschaft müssen hier noch nachbessern. Nachbessern heisst aber nicht abschaffen. Deshalb lehnen wir die Initiative ab.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Gute Sprachkenntnisse sind gerade in der heutigen Zeit sehr wichtig. Unsere Kinder sollten neben Deutsch möglichst gut Französisch und Englisch lernen. Ein effizienter und effektiver Fremdsprachenunterricht in der Volksschule ist deshalb angezeigt. Und genau dies ist das Ziel der Volksinitiative, welche von den Lehrerverbänden eingereicht wurde.

Das vorschnell eingeführte Sprachenkonzept mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule hat nämlich nicht den erhofften Erfolg gebracht. Die Lernziele werden oft nicht erreicht. Was an der Primarschule vermittelt wurde, wird meist wieder vergessen und wir Sekundarlehrer müssen bei vielen Themen wieder von vorne anfangen. Dies ist natürlich für die Motivation der Schülerinnen und Schüler nicht gerade förderlich. Dabei den schwarzen Peter den Schülerinnen und Schülern oder den Lehrpersonen zuzuschieben, wäre ungerecht, denn die Anforderungen an die Mittelstufe sind gewaltig. Was man da nicht alles sollte: Mehr Naturwissenschaften, Informatik, Medienkunde, besseres Deutsch und eben zwei Fremdsprachen. Hören wir deshalb mit diesem Symbolunterricht der zweiten Fremdsprache an der Primarschule auf.

Mehr Qualität heisst für mich als langjähriger Seklehrer, der Deutsch, Französisch und Englisch unterrichtet, folgendes: Eine Fremdsprache in der Primarschule genügt. Dafür wird diese sorgfältiger gelernt, vielleicht auch mit mehr Wochenlektionen. Ob es Französisch oder Englisch ist, kommt nicht darauf an. Wenn an der Sekundarschule die zweite Fremdsprache nur ein bisschen intensiviert wird, ist hier der Vorsprung, den die Primarschülerinnen bisher mitgebracht haben, schnell aufgeholt. Auf der Sekundarschulstufe lernen die Jugendlichen Fremdsprachen ihrem Entwicklungsstand gemäss mit analytischen Methoden. Der Lernfortschritt ist deshalb in der Regel nachhaltiger als in der Primarstufe.

Verschiedene Studien belegen, dass der Effekt von frühem Fremdsprachenlernen, so wie es heute an der Primarschule praktiziert wird, nur gering ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist zum Beispiel die Studie von Simone Pfenninger, die ursprünglich die Vorzüge des frühen Fremdsprachenlernens aufzeigen wollte. Doch, das Gegenteil ist herausgekommen. Eine preisgekrönte Studie, die zeigt, dass man die zweite Fremdsprache getrost auf die Oberstufe verschieben kann.

Viele Bildungspolitiker stecken den Kopf in den Sand und wollen nur hören, was ihren Ideologien entspricht und missachten die Stimmen aus der Praxis. Diese Initiative wurde von der Praxis eingereicht. Diese hat nämlich erkannt, dass das Sprachenkonzept an der Primarschule nicht zielführend ist, dass man zum Beispiel besser gut Deutsch lernen würde, als schon in der Unterstufe mit der ersten und in der Mittelstufe mit der zweiten Fremdsprache viele Schülerinnen und Schüler zu überfordern.

Noch kurz zu den politischen Bedenken: Der nationale Zusammenhalt ist mit dieser Initiative doch keineswegs gefährdet. Die Schüler können am Schluss ja gleich gut Französisch und auch Englisch. Es ist doch wichtig, welche Französischkenntnisse die Schüler am Schluss der Volksschule aufweisen und nicht was im Stundenplan steht. Für die Zusammenarbeit und das Verständnis von Deutschschweiz und Romandie sind zum Beispiel gute Schnellzugverbindungen zwischen St. Gallen und Genf mindestens so wichtig wie die Studentafel der Fünftklässler.

Diese Vorlage ist eine pädagogische und keine politische. Befreien Sie sich also von Ihren ideologischen Scheuklappen. Schauen Sie hin, was momentan in der Volksschule abgeht. Stecken Sie nicht den Kopf in den Sand angesichts der dürftigen Erfolge, welches das heutige Fremdsprachenkonzept trotz ungeheurem Aufwand bringt. Auch der Trick einer Verschiebung einer Französischlektion von der Oberstufe auf die Mittelstufe – der Trick der Bildungsdirektion – ist nicht mehr als Augenwischerei. Räumen wir jetzt mit der untauglichen Studentafel auf, diesem Pseudounterricht, welcher suggeriert, mit einer Fremdsprachenlektion pro Woche am Montag von 8.00 Uhr bis 8.45 Uhr und der zweiten am Donnerstagnachmittag, könne sich ein nachhaltiger Erfolg einstellen. Hören Sie auf die Fachleute, die Volksschullehrerinnen, aber auch auf die Kinderärzte, welche hinter dieser Initiative stehen. Eine Fremdsprache an der Primarschule und die zweite dann an der Sekundarschule garantiert nachhaltigen Erfolg und macht Stunden frei für andere wichtige Fächer in der Primarschule. Mehr Qualität an der Primarschule, darum unterstützt die Mehrheit der GLP diese Vorlage.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen sprechen uns für den Beibehalt von zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe und damit gegen diese Volksinitiative aus. In der Schweiz, im Kanton Zürich wachsen zunehmend immer mehr Kinder mehrsprachig auf. Der schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen

Forschung hat bereits 2010 in seinem Fazit zum Nationalfondsprogramm 56, Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz, festgehalten, dass sich die Schweiz zunehmend vom viersprachigen hin zu einem mehrsprachigen Land entwickelt. Diese Analyse wird von einer vor einem Monat vom Bundesamt für Statistik publizierten Studie zum Sprachenreichtum in der Schweiz bestätigt. Bereits jede vierte Person ab 15 Jahren benutzt pro Woche drei oder mehr Sprachen. Am versiertesten punkto Fremdsprachen zeigen sich Angehörige der jüngsten Altersgruppe sowie die Secondos.

Diese Sprachenvielfalt fordert Schule und Politik selbstverständlich auch heraus. Wie verschieden man auf diese Herausforderung reagieren kann, zeigen das Beispiel Genf und die vorliegende Initiative für eine Fremdsprache in der Primarschule. In Genf wird bereits im Vorschulbereich, zum Beispiel in Kinderkrippen, ganz konsequent auf die Förderung der Mehrsprachigkeit gesetzt. In Zürich hingegen fragen wir uns heute, ob die Welt eine bessere wäre, wenn unsere Kinder später mit dem Erlernen der zweiten Fremdsprache beginnen würden.

Aus wissenschaftlicher Sicht haben wir bereits anfangs 2016 in der NZZ interessantes zum Thema Fremdsprachenunterricht in der Primarschule erfahren können. Darin wurde auf die von der Koordinationskonferenz Bildungsforschung von Bund und Kantonen in Auftrag gegebene, systematische Forschungsübersicht zum Fremdsprachenlernen Bezug genommen. Von mehreren tausend Publikationen, die untersucht wurden, konnten nur knapp 50 Studien als wissenschaftliche Forschung bezeichnet werden. In allen anderen, mehreren tausend Fällen handelte es sich um die Wiedergabe von persönlichen Meinungen oder von Forschungsergebnissen. Gemäss NZZ kann die Wissenschaft keine Aussage darüber machen, ob es besser ist, mit Französisch oder Englisch in der Primarschule zu beginnen. Gute Kenntnisse der Schulsprache und in einer ersten Fremdsprache wirken sich förderlich auf den Erwerb einer zweiten Fremdsprache aus. Kinder aber, und das kann an dieser Stelle nicht genügend betont werden, werden durch das gleichzeitige Vermitteln zweier Fremdsprachen nicht überfordert. Der wohl profilierteste Bildungsökonom der Schweiz, Professor Doktor Stefan Wolter von der Universität Bern, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung und Leiter der Expertengruppe Berufsbildung der OECD (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*), zieht in demselben NZZ-Artikel folgende Schlussfolgerung: «Wer den Unterricht einer Fremdsprache aus der Primarschule verbannen will, kann dies mit Sicherheit nicht mit wissenschaftlicher Forschung begründen. Eine solche Entscheidung wäre bildungspolitisch motiviert, nicht wissenschaftlich.»

Als Bildungspolitikerinnen und -politiker müssen wir uns auch über die nationale Bedeutung der Fremdsprachenfrage beziehungsweise dieser Volksinitiative Rechenschaft ablegen. Der nationale Zusammenhalt, aber auch die Mobilität der Schülerinnen und Schüler darf uns nicht egal sein. Die gesamtschweizerische Sprachenstrategie sieht das Erlernen zweier Fremdsprachen in der Primarschule vor. Das Zürcher Stimmvolk hat sich bereits zweimal deutlich für dieses Fremdsprachenkonzept ausgesprochen. Auch die vor wenigen Wochen in Bern zu Ende gegangene Vernehmlassung zum Sprachengesetz – wir haben es von Moritz Spillmann gehört – zeigt, dass das Konzept von zwei Fremdsprachen in der Primarschule nach wie vor mehrheitsfähig ist. Die Strategie wird auch vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, LCH, und vom Syndicat des Enseignants Romands (*Union der Lehrkräfte der Romandie*) voll und ganz mitgetragen.

Ein Ja zur vorliegenden Volksinitiative in diesem Rat würde in weiten Teilen der Schweiz allergrösste Irritationen auslösen. Die definitive Verankerung von zwei Fremdsprachen in der Primarschule im Sprachengesetz, gegen die sich die Kantone aktuell noch wehren, wäre ein durchaus realistisches Szenario. Die Umsetzung der vorliegenden Initiative wäre damit selbst im Fall einer Annahme durch das Zürcher Stimmvolk völlig ungewiss.

Die Argumente der Initianten sind für uns nicht nur ungenügend fundiert, sondern darüber hinaus auch widersprüchlich und in der Summe nicht genügend transparent. Die Initianten kritisieren gerne die Sprachlastigkeit der Volksschule. Gleichzeitig bekämpft ein Grossteil derselben Personengruppen die Einführung des Lehrplans 21, der mit der Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer genau diese Sprachlastigkeit korrigieren will. Die Initianten weisen zudem äusserst gerne auf die Ineffizienz des frühen Fremdsprachenunterrichts hin. Abgesehen davon, dass es für uns Grüne problematisch ist, dem menschlichen Lernen eine derartige Effizienzlogik zu unterstellen, ist überhaupt nicht belegt, dass sich mit der Verschiebung einer Fremdsprache in die Sekundarstufe die Kenntnisse in der entsprechenden Fremdsprache verbessern. Dies müsste aber gegeben sein, wenn die Initiative Sinn machen sollte. Die Lehrpersonen unter den Initianten wissen genau, dass mit einer Verschiebung für sich alleine genommen noch gar nichts gewonnen ist. Deshalb stellt sich für uns Grüne auch die Frage, was die Initianten mit ihrer Fremdspracheninitiative wirklich anstreben.

Für uns Grüne macht die Volksinitiative für eine Fremdsprache an der Primarschule keinen Sinn. Wir Grünen begrüssen es, wenn sich alle unsere Kinder über den frühen Fremdsprachenunterricht mit den Er-

rungenschaften, Konzeptionen und Werthaltungen anderer Kulturen auseinandersetzen. Für viele Kinder ist die Sprachenvielfalt eine täglich gelebte Realität. Von der Schule erwarten wir, dass sie sich diesen Realitäten und den damit verbundenen Herausforderungen konstruktiv stellt. Dass es möglich ist, zeigt das Beispiel Genf, das bereits im Frühbereich konsequent auf die Förderung der Mehrsprachigkeit setzt. Die nationale Sprachenstrategie geht deutlich weniger weit. Zum Zweck des Zusammenhalts in der Schweiz und der Mobilität unserer Schülerinnen und Schüler hat diese Sprachenstrategie den Rückhalt von uns Zürcherinnen und Zürchern weiterhin verdient.

Corinne Thomet (CVP, Kloten): Die CVP-Fraktion lehnt die Volksabstimmung «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» ab.

Der Kanton Zürich ist der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, dem Harmos-Konkordat, beigetreten und führt den Sprachenunterricht gemäss den EDK-Vorgaben (*Vorgaben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren*), welche klar das Erlernen von zwei Fremdsprachen ab der Primarstufe umfassen. Die Diskussion rund um den Fremdsprachenunterricht in diversen Kantonen zeigt, dass eine einheitliche Lösung zumindest innerhalb der Deutschschweiz anzustreben ist. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, wissen wir, was passiert, wird der Bund dazu gezwungen den Sprachenartikel anzupassen. Als offiziell viersprachiges Land würde daher nachvollziehbar eine Landessprache als Fremdsprache vorgegeben.

Das Komitee macht unter anderem fehlende Ressourcen geltend. Dass unter dem gleichen Argument nun im Sinne einer Entlastungsmassnahme der Englischunterricht für die Primarschülerinnen und -schüler geopfert werden soll, ist für uns nicht akzeptabel. Für den Wirtschaftskanton Zürich hat Englisch mindestens die gleiche Bedeutung wie Französisch. Zudem haben die Zürcher Stimmberechtigten bereits im Jahr 2006 die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» klar abgelehnt. Das Initiativkomitee nimmt bewusst in Kauf, dass der Englischunterricht im Kanton Zürich abgeschafft werden könnte. Diese Konsequenz trägt die CVP des Kantons Zürich definitiv nicht mit.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Eine Frage zu Beginn: Wie gut waren Sie in der Schule in Mathematik? Ich bin überzeugt, dass wir bei einer Umfrage dazu hier im Saal ganz unterschiedliche Gruppen hätten: Da gibt es unter uns bestimmt eine kleine Gruppe, die Ma-

thematik über alles liebte. Da gibt es die vermutlich grosse Gruppe unter uns, für die war Mathematik einfach ein Fach, man lernte es, kam einigermaßen mit, es war ok. Und dann gibt es wohl auch noch einige unter uns, die von Anfang an mit Mathematik auf Kriegsfuss standen, sie büffelten, hatten vielleicht sogar Nachhilfe-Unterstützung, aber irgendwie nützte alles nichts – und sie sind bis heute kein Zahlenmenschen.

Es ist doch einfach eine Realität, dass ein Teil der Schülerinnen und Schüler Mühe mit Mathematik hat. Doch käme es deswegen jemandem in den Sinn, eine Volksinitiative zu starten, die die Schulen zwingt, Mathematik auf die Sekundarschule zu verschieben, weil dieses Fach einem Teil der Schülerinnen und Schüler schwer fällt.

Genau dies tut in der Sprachenfrage aber diese Initiative: Weil einer Gruppe von Schülern und Schülerinnen – vielleicht sind es 20 Prozent – das Fremdsprachen-Erlernen schwerfällt, machen wir genau das, was wir in anderen Fächern nie tun würden. Wir kapitulieren und verschieben die zweite Fremdsprache. Die Sekundarschule soll es dann richten – mitten in der Pubertät sollen die Jugendlichen dann garantiert viel mehr Lust auf eine weitere Fremdsprache haben

Mit der Verschiebung auf die Oberstufe machen wir aber vor allem eines. Wir bestrafen die übrigen 80 Prozent, die mit dem Fremdsprachenlernen in der Primarschule keine Probleme haben oder sogar begeistert davon sind.

Als EVP-Fraktion wollen wir eine zukunftsorientierte Bildung und sind daher dagegen, dass man unseren Kindern das frühzeitige Erlernen von Fremdsprachen verbietet.

Es gibt darüber hinaus aber mindestens vier weitere wichtige Gründe, weshalb die Initiative abzulehnen ist:

Grund eins: Der Volkswille zur Harmonisierung der Bildung soll endlich umgesetzt werden. Schon 2006 hat das Schweizer Volk mit einem Ja-Stimmenanteil von 86 Prozent beschlossen, dass die Volksschule endlich so harmonisiert werden soll, dass man als Familie in einen anderen Kanton umziehen kann, ohne die Schulkarriere der Kinder aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme zu ruinieren. Und dazu gehört insbesondere auch die Verpflichtung, dass in der ganzen Deutschschweiz zwei Fremdsprachen an der Primarschule erteilt werden. Ebenfalls 2006 lehnten die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die Erstaussage dieser Volksinitiative, die wir heute behandeln klar ab. Und seit 2004 bewährt sich in den Volksschulen des Kantons Zürich die Praxis, dass Englisch vor Französisch in der Primarschule unterrichtet wird.

Grund zwei: Die Initiative schwächt die Qualität der Volksschule. In der mehrsprachigen Schweiz und in der globalisierten Wissensgesellschaft gehören Englisch und Französisch zur Grundbildung. Mehrsprachigkeit ist ein grosser Wettbewerbsvorteil für die Zukunft unserer Kinder. Und die meisten Kinder sind mit zwei Fremdsprachen nicht überfordert. Eine Fremdsprache führt zu einer Senkung des Primarschul-Niveaus, denn nur vermögende Eltern können sich dann private Fremdsprachenkurse leisten

Und nebenbei bemerkt würde der Sprachen-Rückschritt zu Kosten in Millionenhöhe für neue Lehrmittel führen – ganz zu schweigen von den Primarschul-Lehrpersonen mit Fremdsprachen-Lehrbefähigungen, die es dann nicht mehr braucht. Ich staune an dieser Stelle, dass die Lehrerverbände diesen Aspekt einfach ausblenden.

Grund drei: Der aktuelle Fremdsprachen-Unterricht wird optimiert. Unabhängig von der Initiative laufen aktuell Bemühungen zur Optimierung des Französischunterrichts. So erscheint im nächsten Jahr das neue Lehrmittel «Dis donc!» und im Rahmen des Lehrplans 21 sieht der Vernehmlassungsvorschlag eine Verstärkung des Deutsch-, Französisch- und des Englisch-Unterrichtes vor. Eigentlich wäre das ja ganz im Sinne der Initianten der Initiative, der Sprachunterricht an der Primarschule sei zu unterdotiert, um erfolgreich zu sein. Aber meistens sind die gleichen Kreise ja auch gegen den Lehrplan 21.

Übrigens: Der Zuger Regierungsrat hat gerade im vergangenen Frühling in einer Untersuchung festgestellt, dass Zuger Schüler besser Französisch können, weil sie mehr Französisch-Lektionen haben als in anderen Kantonen. Zwei Drittel der Kinder fanden, Französischlernen sei kein Stress, 85 Prozent der Kinder fanden, Englischlernen sei kein Stress, und die Eltern sind mit dem Fremdsprachenunterricht, Englisch in der 3. und Französisch in der 5. Klasse sehr zufrieden.

Grund vier: Die Initiative führt zum Französisch-Diktat des Bundes. Ein Abrücken von der Sprachenstrategie des Harnos-Konkordats lässt den Bund aktiv werden: Bereits hat der Bundesrat im Juli 2016 eine Vernehmlassung zur Anpassung des Sprachengesetzes gestartet, in der er die zweite Landessprache in der Primarschule verankern will. Sollte der Kanton Zürich also nur noch eine Fremdsprache an der Primarschule wollen, wird das Französisch sein, Englisch wird gestrichen. Doch 80 Prozent der Eltern wollen Englisch in der Primarschule gemäss einer Erhebung der Elternmitwirkungsgruppen. Französisch statt Englisch an der Primarschule. Wollen wir das wirklich? Vermutlich kaum. Das ist wohl auch der Grund, dass die Initianten nur von der «zweiten» Fremdsprache reden, die in die Sekundarstufe verschoben werden solle. Sie hätten ja gerade schreiben können, welche Sprache.

Aber das wollten sie nicht, weil die Initiative keine Chance hätte, wenn stünde, dass Englisch in der Primarschule gestrichen würde.

Die EVP-Fraktion will eine zukunftsorientierte Bildung. An der Volksschule bilden wir die nächsten Generationen für die Zukunft unseres Landes aus. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir unseren Kindern ein frühzeitiges Erlernen einer Mehrsprachigkeit vorenthalten sollten, die ihnen eine entscheidende Grundlage dafür gibt, die Herausforderungen der Zukunft in einer vernetzten Welt zu meistern.

Es geht um die Zukunft der nächsten Generation. Mein Grossvater, der 40 Jahre in der Zentralwerkstätte der SBB gearbeitet hat, kam gut ohne Englisch und Französisch aus. Meine fast schon alle erwachsenen Kinder – an denen ich übrigens gerade selbst die Vorteile von frühem Fremdsprachenunterricht in der Primarschule erfahren habe – kommen nicht mehr ohne Englisch und Französisch durch die Welt. Und die Kinder, die in unseren Primarschulen im Kanton eben den Schuleintritt erlebt haben, die werden angesichts der steigenden Lebenserwartung das Jahr 2100 erleben und damit eine Welt, die noch viel vernetzter, multikultureller und globaler sein wird, als wir uns das heute vorstellen können.

Deshalb: Investieren wir in die Zukunft unserer Kinder und lehnen wir diese rückwärtsgewandte Initiative ab. Vielen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Unserer Meinung nach hat uns der ehemalige Bildungsdirektor und Amerika-Fan Ernst Buschor mit seinem Vorpreschen für Frühenglisch in der 2. Klasse einen Bärendienst erwiesen. Statt dass der Französischunterricht an den Deutschschweizer Schulen anfangs der 2000er-Jahre nachhaltig und fundiert etabliert wurde, löste die Reform von Buschor im Kanton Zürich und in anderen Deutschschweizer Kantonen eine enorme Hektik aus. Neue Englischlehrmittel mussten produziert und neue Unterrichtsmethoden mussten erprobt werden, und auch die Aus- und Weiterbildung von Primarlehrkräften musste neu angegangen werden. Hunderte von Lehrkräften wurden in die USA verschifft, um eine Schnellbleiche im Englischunterricht zu absolvieren. Ob all der von wirtschaftsfreundlichen Kreisen geförderten Hektik ging damals vergessen, dass der Französischunterricht noch nicht vor allzu langer Zeit in der Deutschschweiz eingeführt worden war. Dieser Fremdsprachenunterricht hätte einer nachhaltigen Reform bedurft, von eher freudlosen «Wörtlibüfeln» zu einem spielerischen, freudvollen Fremdsprachenunterricht mit spannenden Lehrmitteln, einem standardisierten Austausch mit

Westschweizer Schulen und gut ausgebildeten Lehrkräften, die engagiert und mit Freude Französisch unterrichten.

Seit der konzeptlosen Einführung des Frühenglischen gehört der Fremdsprachenunterricht zu den grössten Baustellen im Deutschschweizer Schulsystem. Mit der Annahme der vorliegenden Volksinitiative für eine Fremdsprache an der Volksschule würde dieses Malaise unserer Meinung nach nicht aufgehoben. Vielmehr würde eine neue Front aufgetan und der Weg für ein weiteres unüberlegtes Hüst und Hott geebnet. Die Alternative Liste befürchtet zudem, dass der Französischunterricht dem Englischunterricht weichen müsste. Die Alternative lehnt darum diese Initiative ab.

Das Harnos-Konkordat, das vor zehn Jahren mit 86 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde, umschreibt unter anderem auch die Minimalziele im Bereich Sprachen. Verlangt werden eine umfassende Grundbildung in der lokalen Standardsprache, mündliche und schriftliche Sprachbeherrschung und grundlegende Kompetenzen in einer zweiten Landessprache und mindestens einer weiteren Fremdsprache. Die beiden Fremdsprachen sind gemäss Harnos-Konkordat zwingend ab der Primarschule zu unterrichten. Das heisst, bei einer Annahme der Volksinitiative müsste der Kanton Zürich das Harnos-Konkordat aufkündigen. Damit würde ein jahrelanger und hart erkämpfter Kompromiss ohne Not aufgegeben. Mit der Umsetzung des Lehrplans 21 haben wir unserer Meinung nach die Chance, den Sprach- und Fremdsprachenunterricht im Kanton Zürich auf ein neues nachhaltiges Fundament zu stellen. Mit der Umsetzung des Lehrplans 21 wäre die Gelegenheit da, den Fremdsprachenunterricht von Grund auf neu anzugehen.

Im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt der Schweiz soll unserer Meinung nach der Französischunterricht gestärkt werden. Dazu gehört auch der Schüleraustausch, Aufenthalte in den anderen Landesteilen, ein verstärkter Austausch zwischen Lehrpersonen aller Landesteile, neue Lehrmittel und Halbklassenunterricht. Der Französischunterricht soll freud- und lustvoller ausgestaltet werden.

Es ist uns klar, dass ein solcher Unterricht mehr kostet, bis er sich etabliert hat. Das soll es uns aber auch wert sein. Schliesslich betonen wir bei jeder Gelegenheit, wie stolz wir darauf sind, in einer kulturell und sprachlich vielfältigen Schweiz zu leben.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Für die EDU ist es richtig, dass sich die Primarschule auf die Vermittlung der Grundkompetenzen in Mathematik und Deutsch, also Lesen und Schreiben beschränkt. Eine zweite Fremdsprache mit zwei Wochenstunden ist ver-

geudete Zeit, was auch Frau Pfenninger in ihren Untersuchungen festgestellt hat. Zudem nimmt die Kopflastigkeit mit zwei Fremdsprachen – für Migrantenkinder sind es sogar drei – zu und die Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten wird zurückgesetzt.

Immerhin sind von den 12'000 Lehrlingen, welche ihre Lehre 2015 begonnen haben, 40 Prozent in handwerklich ausgerichteten Berufen tätig. Diese jungen Menschen müssen in erster Linie Deutsch können und ein solides Fundament im Rechnen sowie gewisse handwerkliche Fähigkeiten mitbringen. Die EDU wird dieser Initiative zustimmen. Danke.

Cornelia Keller (BDP, Gossau): Diese Vorlage gab in der Fraktion Anlass zu interessanten und spannenden Beratungen. Das Dafür und Dagegen wurde intensiv diskutiert. Mit dem Satz, «in der modernen Welt, sind Fremdsprachenkenntnisse von zentraler Bedeutung für den beruflichen Erfolg», gehen wir alle in der Fraktion einig. Wie das am besten gewährleistet wird, da scheiden sich die Geister ein wenig.

Absolut einstimmig aber ist sich die Fraktion im Bereich der Kompetenz des Regierungsrates, der auf Antrag des Bildungsrates darüber entscheidet, ob Französisch oder Englisch die erste Fremdsprache sein soll. Genau das möchten wir nicht. Das heisst, es müsste auch im Kantonsrat mit allenfalls einer Möglichkeit zur Volksabstimmung darüber bestimmt werden können, welche Fremdsprache in der Primarstufe unterrichtet wird. Denn wenn schon nur eine Fremdsprache, dann soll das Volk oder zumindest die gewählten Vertreter des Standes Zürich darüber entscheiden können. Zudem fehlt uns ganz klar die Aussage in der Initiative, dass die gewonnenen Lektionen zwingend für den Deutschunterricht eingesetzt werden müssten, um die wirklich grossen Lücken im Deutsch der Schüler am Ende der Volksschule zu minimieren. Vor allem aus diesem Grund lehnt die BDP die Volksinitiative ab beziehungsweise unterstützt den Antrag von Regierungsrat und KBIK.

Noch ein Wort zum Harnos-Konkordat, mit dem im Moment dauernd gedroht wird, dass wir als Kanton ausgeschlossen werden und wir der gesamtschweizerischen Sprachstrategie gefährlich entgegenwirken würden bei einer Annahme der vorliegenden Initiative: Im Moment ist es so, dass verschiedene Kantone Bestrebung haben, nur eine Fremdsprache zu lehren. Es ist für uns klar, dass wenn verschiedene Kantone nur noch eine Fremdsprache in der Primarstufe anbieten würden, dass dann das Konkordat angepasst werden müsste und nicht mit Ausschluss gedroht wird.

In der Schweiz tragen die Kantone die Hauptverantwortung für Bildung und Kultur. Sie koordinieren ihre Arbeit auf nationaler Ebene. Dafür bilden die 26 kantonalen Erziehungsdirektoren eine politische Behörde, die EDK. Die EDK koordiniert auf nationaler Ebene die abgestimmten Wünsche der Kantone – und bitte nicht umgekehrt.

Ratspräsident Rolf Steiner: Somit haben sich nun alle Fraktionen geäußert. Das Wort geht an Benno Scherrer, Uster.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Herr Präsident, chère Madame la Conseillère d'Etat, dear colleagues, eine stattliche Minderheit der GLP-Fraktion ist für einen Französisch- und Englischunterricht auf der Primarschulstufe oder anders gesagt, klar gegen diese Initiative.

Ich bin ein frankophiler Englischlehrer an einer Berufsschule, also auch ein Praktiker, und bin mit vielen Grünliberalen überzeugt davon, dass wir unsere Kinder fördern und fordern sollen, und dazu gehören zwei Sprachen auf der Primarschulstufe.

Wir stehen selbstverständlich zur Vielsprachlichkeit der Schweiz und selbstverständlich gibt es mehrere Wege zu dieser Vielsprachlichkeit. In der Tat habe ich selber erst in der Sekundarstufe Französisch gehabt mit dem damals neuen und auch umstrittenen Lehrmittel «Ça y est». Die Dialoge kann ich aber wahrscheinlich immer noch auswendig. Ich diskutiere heute aber auch durchaus politische Themen souverän. Und ich habe 1991 in der Westschweiz einen WK (*militärischer Wiederholungskurs*) gemacht, weil ich 700 Jahre Schweiz und nicht 700 Jahre Röstigraben feiern wollte. Schlicht und einfach weil mir der Kontakt zu unseren «compatriots» zu wichtig ist. Und als Englischlehrer habe ich sogar erst im Kurzgymnasium mit Englisch begonnen und sehe es jetzt als meine zweite sprachliche und kulturelle Heimat an, unterrichte diese Sprache mit Begeisterung und, wie mir attestiert wird, mit hoher sprachlicher und kultureller Kompetenz.

Glauben Sie nicht auch, dass sich unsere Kinder und Jugendlichen heute mit einer erfreulichen Selbstverständlichkeit in Fremdsprachen austauschen? Das trifft sicher einmal auf das Englische zu. Uns ist es ein Anliegen, dass sie es auch auf Französisch tun können.

Mindestens zwei Drittel der Kinder – so hiess es hier – erreichen die Lernziele. Das ist schon eine Mehrheit und klar, das muss gesteigert werden. Alle Kinder sind intrinsisch motiviert, lernbegierig, begeisterungsfähig, das müssen wir abholen, aufgreifen und sicherstellen, dass unsere Kinder in Deutsch Exzellenz und in den Fremdsprachen Kompetenz haben.

Heute geht es nur um eine Volksinitiative, aber es geht auch um ein Zeichen oder mehrere Zeichen. Das erste: Stehen wir zur Vielsprachigkeit der Schweiz, wollen wir unseren «compatriots» das Zeichen schicken, dass uns Zürchern viel daran liegt, dass unsere Kinder schon früh mit der französischen Sprache vertraut sind und die Kultur der Romandie kennen? Wir meinen Ja. Vielsprachigkeit, Toleranz und der Wille zur Konkordanz gehören zur Schweiz wie Banken, KMU und Schokolade.

Das zweite: Stehen wir zur internationalen Ausrichtung und zur internationalen Vernetzung der Schweiz? Finden wir es auch wichtig, dass unsere Kinder schon früh eben Französisch und die Weltsprache Englisch kennenlernen, nicht nur fürs Reisen, sondern auch für den Kontakt mit anderen Jugendlichen? Und denken Sie an den Standort Zürich, auch für die internationalen Wirtschaftskontakte? Das ist doch selbstverständlich, gerade hier bei uns. Wollen wir nicht schon früh dafür sorgen, dass unsere Kinder heute für den morgigen Arbeitsmarkt fähig sind? Dazu gehört eben nicht nur Englisch, auch wenn hier noch viel Luft nach oben besteht, sondern eben mindestens auch Französisch, idealerweise vielleicht noch mehr Sprachen. Jedenfalls, und das wissen wahrscheinlich alle, ist Mehrsprachigkeit in einer globalisierten Welt ein echter Asset.

Und das dritte: Trauen wir unseren Kindern zu, dass sie in der Primarschule vom Unterricht von zwei Fremdsprachen profitieren, Freude an den Sprachen entwickeln und gerne nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden? Alles andere wäre eine Vernachlässigung des grossen Potenzials, das in unseren Kindern steckt.

Wir werden so den Ansprüchen der Wirtschaft gerecht, um die Argumentation von Anita Borer zum Einstieg aufzugreifen. Sind Sie mit uns gegen die Initiative und für die Vielsprachigkeit und Zukunft unserer Kinder. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Eine Fremdsprache in der Primarschule ist genug, sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, sehr geehrte Frau Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*), sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte.

Meine Kollegin Anita Borer hat es bereits ausführlich dargelegt, warum wir der Initiative zustimmen sollten. Von Jacqueline Fehr, SP (*gemeint ist Jacqueline Peter*), und Karin Fehr, Grüne, kam kein wirkliches Argument, sondern sie repetierten nur die Einflüsterer. An Hanspeter Hugentobler und Judith Stofer: Wer wollte Harnos? Wir nicht. Also beklagt nun nicht die Geister, die ihr gerufen habt.

Mit der Zwängerei der Anhänger von zwei Fremdsprachen produziert die Schule in erster Linie frustrierte Schülerinnen und Schüler. Denn am Ende der neunjährigen Schulpflicht können sie weder die eine noch die andere Sprache und schon gar kein Deutsch. Und dazu können sie sich schon gar nicht verständigen, geschweige denn ausdrücken. Wir müssen aufhören, uns etwas vorzumachen und schönzureden. Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die die Fähigkeiten besitzen, beides zu machen, sollen weiterhin auf freiwilliger Basis dies tun können – aber nicht verordnet. Und wenn Sie, liebe Gegnerinnen und Gegner dieser Initiative ohne Vorurteil in sich gehen würden, dann kämen Sie ebenfalls zu diesem Schluss.

Es wird von diesen Menschen verlangt, dass sie zwei Fremdsprachen in der Primarstufe erlernen sollen, und dabei können sie die erste Sprache Deutsch noch gar nicht beziehungsweise nur sehr mangelhaft. Haben Sie schon einmal überlegt, warum wir so viel Geld in Deutsch als Zweitsprache und das unsägliche QUIMS (*Qualität in multikulturellen Schulen*) und die vielen Integrationsmassnahmen stecken und uns nachher beklagen, dass die jungen Schulabgänger unfähig sind, einen geraden Satz auf Deutsch zu schreiben? Fragen Sie mal in der Wirtschaft nach. Da gehören alle hier dazu. Da gehen Ihnen die Augen auf.

An die Linke, wo immer sie auch beginnt: Sie haben doch in der Zwischenzeit schon viel von ihrer Klientel verloren. Nun ist ja auch der ZLV für diese Initiative, und was macht Ihr? Eure intellektuelle Arroganz vergrault wahrscheinlich auch noch euren letzten Wähler. Ich bin froh, dass ich nicht für eure Wählerschaft schauen muss, aber vielleicht stellen eure Wähler letztendlich auch fest, dass es besser wäre, die SVP zu wählen, weil diese Realpolitik betreibt.

Kennen Sie den Spruch, früher ist alles besser gewesen? Nun, so falsch ist diese Aussage nicht. Was Bildungsfanatiker gemacht haben, ist, dass sie ein System verschlimmbessert haben, das eigentlich schon gut war. Es würde reichen, dass in der Primarstufe Französisch und ab der Oberstufe Englisch vermittelt wird. Englisch ist für uns Deutschschweizer einfacher zu erlernen. Und das Verschlimmbessern passiert durch den Lehrplan 21 genau nochmals.

Ich komme zum Schluss. Bilanz: Die Schweiz ist ein Land mit vier Landessprachen. Als Willensnation haben wir uns «committed» (*engl. verpflichtet*), eine Fremdsprache aus der anderen Sprachregion in der Schule zu lernen. Französisch ist gewiss nicht ganz einfach zu erlernen, aber ist eine Sprache der Schweiz, und sie gehört zu uns. Deshalb: Unterstützen Sie die Initiative. Und Hand aufs Herz: Sie würden

es wahrscheinlich gerne tun, wenn Sie nicht Ihrem Fraktionszwang Ihrer Partei unterliegen würden. Danke.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich wollte zuerst gar nicht sprechen, habe mich zurückgehalten, auf den Knopf zu drücken, aber schon bei Jacqueline Peter konnte ich nicht widerstehen und musste drücken. Sie war die zweite Votantin.

Ich möchte zuerst etwas zur BDP sagen: Ihr Vorgehen wäre strategisch anders klug. Sie haben gesehen, wie die Mehrheitsverhältnisse hier im Rat sind. Sie haben gesehen, dass diese Initiative keine Unterstützung finden wird in diesem Rat, und Sie haben trotzdem selbst grosse Vorbehalte gegenüber dem heutigen Fremdsprachenunterricht angeführt und gesagt, es liege an ein paar Details in der Initiative, dass Sie dieser nicht zustimmen. Wenn Sie möchten, dass man diese Details auch wirklich anpackt, dann sollte diese Initiative möglichst viele befürwortende Stimmen haben, und wir wären sehr froh auch um Ihre Stimmen. Und dass Sie damit keinen Blödsinn machen, so steht der lebende Beweis hinter Ihnen – jetzt ist er gerade nicht da –, Benno Scherrer. Er hat erst in der Oberstufe Französisch gehabt, hat erst im Kurzgymnasium Englisch gehabt und ist heute Englischlehrperson, weltgewandt, ist in diesen Sprachen zuhause, er ist der Beweis, dass man richtig effizient Fremdsprachen lernt, auch oder zum Teil vielleicht erst, auf der Oberstufe. Benno Scherrer, der hier für die Primarschulen gesprochen hat, er ist der lebende Beweis, dass es eben anders vermutlich besser geht. Aha – dort sitzt er (*Heiterkeit*).

Nun, einer der Beweise: Jetzt haben wir seit 2004 Englisch in der Primarschule, schon länger haben wir Französisch in der Primarschule und es ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Gymnasiumaufnahmeprüfung mit diesen Fremdsprachen zu bestücken. Nicht nur weil die Gymiprüfung dann zu sprachlastig wäre, sondern auch deshalb, weil Sie alle wissen, dass man dann die Chancengleichheit der Kinder verkleinern würde, weil es ganz viele Schülerinnen und Schüler gibt, die Mühe haben in der Primarschule in der 6. Klasse und die zwar gymitauglich wären, die wir aber nicht in diesen Sprachen prüfen wollen, weil wir Angst vor den Resultaten haben, weil sie es nämlich nicht können, weil sie die Prüfung nicht bestehen würden, obwohl nachher während der Probezeit die Fremdsprachen zählen.

Wir haben diese Sprachen niemals prüfungsrelevant gemacht, und Sie sagen es sei effizient, es sei das grosse Wunder, die Primarschüler in zwei Fremdsprachen auszubilden und getrauen sich dann nicht, die Sprachen an der Gymiprüfung zu fordern, weil dann viele Kinder kei-

ne Chance hätten. Und warum hätten viele Kinder keine Chance? Eben weil es ineffizient ist.

Und damit komme ich zu Frau Fehr: Frau Fehr, Sie haben Ineffizienz mit sinnlos verwechselt. Sie haben gesagt, es sei nicht sicher, ob es auf der Oberstufe effizienter sei. Das stimmt, aber effizient bedeutet, dass man das Gleiche – ich behaupte sogar das Bessere, aber der Beweis ist nicht geführt – in kürzerer Zeit und besser lernt. Und dieser Beweis hat Frau Pfenninger in ihrer Studie erbracht, nämlich indem sie gesagt hat, in der Oberstufe holt man sehr viel schneller auf. Sie hat nicht gesagt «besser», aber sie hat gesagt, man erreiche mit weniger Unterrichtszeit die gleichen Resultate. Das ist Effizienz. Und da setzt auch etwas ein, was Frau Peter am Anfang gesagt hat, sie vertraut den Oberstufenschülern gar nicht. Und sie hat auch gesagt, sie kommen in die Pubertät, die können ja nicht mehr lernen, die sind nicht mehr neugierig. Also da muss ich als Sekundarlehrer meinen Schülern ein viel besseres Zeugnis ausstellen. Viele Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler können sehr gut lernen. Sie wären, wenn sie in der Primarschule Mühe hätten mit dem Französisch und dann das Französisch reduziert würde und das Englisch käme, mega motiviert für das Englisch. Das kann ich Ihnen sagen. Natürlich, umgekehrt, wenn man mit Englisch beginnen würde und sie dort Mühe hätten und dann noch das Französisch dazu käme, dann wäre es vermutlich das Gegenteil. Also, man muss die Geschichte differenziert betrachten.

Und dann kommen wir bei genau diesem Thema zu Frau Hänni und Frau Thomet und anderen: Sie haben Angst davor, dass nachher das Französisch auf der Primarschule ist. Wenn Sie für zwei Fremdsprachen eintreten, dann müssten sie doch keine Angst haben, wenn es Französisch auf der Primarstufe ist. Wir lassen das dem Bildungsrat offen, aber ich muss zugeben, wenn der Bildungsrat sich bundesratskonform verhalten würde, so dass der Bund es nicht regeln müsste, dann würde er das Französisch in der Primarschule belassen und das Englisch nach oben (*in die Sekundarschule*) tun.... (*die Redezeit ist abgelaufen*).

Habe ich so lange gesprochen?

Ratspräsident Rolf Steiner: Ja, noch länger. (*Heiterkeit.*) Und die Anzahl Silben war überdurchschnittlich.

Hans Wiesner (GLP, Bonstetten): Lieber Moritz Spillmann, liebe Ratskollegen, warum spricht ihr alle von der zweiten Fremdsprache? Für 90 Prozent der Primarschüler ist es die dritte neue Sprache, die sie

lernen und für über 30 Prozent der Primarschüler in unserem Kanton gar die vierte neue Sprache. Züritütsch, Deutsch, Englisch und Französisch.

Die Mehrheit der Primarschüler ist mit vier Fremdsprachen überfordert. Was man nicht erst im Gymnasium braucht, ist gutes Deutsch. Auch als Koch, als Elektriker, als Bäcker braucht man Deutsch in Wort und Schrift. Das hat Rochus Burtscher ausgeführt. Daran mangelt es heute bei vielen Lehranfängern.

Zwei Stunden Französisch in der Primarschule bringen nix. Das haben sogar Studien nachgewiesen. Zwei zusätzliche Deutschstunden wären da wesentlich sinnvoller, für die Kinder und, lieber Benno Scherrer, für den Arbeitsmarkt.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): In Europa geht ein Gespenst um, das Gespenst des Nationalismus (*Zwischenrufe*), des Sprachnationalismus, und Ihre Buh-Rufe bestätigen es, liebe SVP, Sie vertreten zum Teil dieses Gedankengut.

Dieses Gedankengut ist Gift für ein vielsprachiges Land, wie es die Schweiz ist, und wir sind überhaupt nicht davor gefeit, dass auch in der Schweiz der Sprachenstreit ganz wüste Formen annimmt.

Und wie wir mit Minderheiten umgehen, ist sehr entscheidend für die Zukunft der Schweiz. Und mit Minderheiten umgehen, heisst für den grössten deutschsprachigen Kanton, den Kanton Zürich, wir dürfen nicht einen Alleingang machen, wir dürfen nicht als erste den Sprachenkompromiss in Frage stellen, wir dürfen nicht als erste den französischsprachigen Schweizern sagen, der Kompromiss gilt nicht mehr, eure Interessen sind uns Wurst.

Wir haben eine sehr grosse Chance. Die welsche Schweiz war vor 30 Jahren ein Krisengebiet. Das ist sie nicht mehr. Der Röstigraben wurde in wirtschaftlicher Hinsicht weniger tief. Der Arc lémanique ist heute genauso ein Wirtschaftsmotor wie die Region Zürich. Diese Chance müssen wir packen, wir müssen den nationalen Zusammenhalt, der durch die Wirtschaft verbessert worden ist, unbedingt erhalten. Wenn schon eine Krisenregion erwähnt werden müsste, wäre es die italienischsprachige Schweiz, aber von ihr ist ja leider heute nicht die Rede.

Wir haben aber auch eine zweite Chance: Wir stellen als grösster Deutschschweizer Kanton neu die Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz. Da sind wir viel mehr im Fokus. Wenn wir im Kanton Zürich der Bildungsdirektorin in den Rücken fallen, dann ist ein grosser Streit, auch um die Rolle des Bundesrates, vorprogrammiert.

Sind wir eigentlich blöd, angesichts der vielen Probleme, die wir in der Aussenpolitik haben und mit dem neu aufkommenden Nationalismus in Europa? Sind wir eigentlich blöd, dass wir diese Probleme künstlich in den Kanton Zürich und in die Schweiz importieren und anheizen? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Abrissbirne auf unsere Schweiz, auf den Frieden in der Schweiz losgehen, wie es die SVP macht und wie es in naiv-technokratischer Weise leider auch viele Bildungspolitiker mitmachen, das dürfen wir auf keinen Fall. Und ich appelliere an die Verantwortung von uns allen für diesen nationalen Zusammenhalt, dass wir nicht diese Abrissbirne auf die Schweiz loslassen. Vielen Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Der ZLV unterstützt diese Initiative. Das hat mich dann doch einigermaßen erstaunt, dass uns jetzt die Lehrerverbände sagen wollen, was in der Schule gelernt werden soll und was nicht. Das kann dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nur schaden.

Erstaunt hat mich dann aber, dass der ZLV eine Expertise machen liess und in der Expertise wurde die Forscherin, die sie geschrieben hat, gefragt, es sei ja nun aber so, dass die Kinder durchaus Spass an den Fremdsprachen hätten. Ihre Antwort war: «Sowohl die Kinder als auch die Eltern fanden Spass an diesem Unterricht und waren damit zufrieden. Also wir vom LSH (*Lehrerverein Schaffhausen*) wollen den Spass am Fremdsprachenunterricht nicht schlechreden. Wenn Spass aber das Hauptargument ist, dann müsste man noch einige Fächer aus dem Schulstoff streichen und andere aufnehmen.»

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich wichtiger am Lernen als Freude, muss ich Sie fragen? Was ist denn wichtiger? Ist es nicht wichtiger, dass man die Türe öffnet für die Kinder, egal ob sie dann jedes Wort perfekt können oder nicht? Das spielt beim ZLV offenbar keine Rolle.

Das zweite zu Herrn Burtscher: Ich war auch keine Freundin von Harnos. Ich habe Nein geschrieben, das sage ich hier ehrlich. Und zwar mag ich diese Zentralisierung nicht. Mit Harnos übernimmt der Bund quasi die Bildungspolitik, die vorher beim Kanton war, und das finde ich nicht sehr gut. Und das zweite Argument war, man hat hier wieder eine riesige Bürokratie ins Rollen gebracht aufgrund der Umstellungen. Jä nu, aber ich hatte Unrecht, das Volk wollte Harnos, dann gilt es jetzt auch dahinter zu stehen, nichts anderes, und das mache ich. Und vor allem, lassen Sie den Kindern die Freude an diesen beiden Fremdsprachen, egal ob am Schluss alle dasselbe können oder nicht, wie das in der Schule halt immer der Fall ist. Am Schluss stehen

nie alle am selben Ort. Aber Freude ist das Wichtigste am Lernen, ob Sie es glauben oder nicht.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Als Lehrerin, als die ich 15 Jahre tätig war, ist es mir ein Anliegen, noch etwas zu korrigieren, denn ich habe immer so Mühe, wenn Fehler rumschwirren: Die Studie von Simone Pfenninger untersucht das Lernverhalten von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Und ich glaube, es ist nicht so schwierig, nachzuvollziehen, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten effizienter lernen können. Sie brauchen auch nicht so wahnsinnig viel Rechnen auf der Primarstufe, sie hätten das am Gymnasium schnell reingeholt. Da könnten wir direkt Jahre sparen.

Und wenn dann so ein Argument von SVP-Seite kommt, kombiniert mit Forderung nach geringerer Maturitätsquote, dann habe ich schon sehr grosse Mühe. Und wenn dann Matthias Hauser noch darauf hinweist, dass die Fremdsprachen bei der Gymnasiums-Aufnahmeprüfung nicht zählen, dann machen Sie doch etwas, Herr Hauser. Da können Sie einen Antrag stellen, dass dies geändert wird. Und wie Sie ja auch gut wissen, die Aufnahmeprüfungen werden zurzeit überarbeitet. Da ist es ja nicht ausgeschlossen, dass man da mitspielt.

Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, was mir auch in meinem Eingangsvotum sehr wichtig war: Es geht um Kommunikation. Wir wollen einander verstehen, und gerade Primarschülerinnen und -schüler reden wahnsinnig gern und sie spielen auch gerne mit Sprache. Und da ist der Moment – was wir auch von Esther Guyer gehört haben –, wo sie sich mit Freude auf Neues einlassen, was sie halt in der Pubertät eher missen. Auch da gibt es viele, die lernen wollen, und andere, die wollen auch, aber die können das dann nicht mehr so gut. Das ist entwicklungspsychologisch nachweisbar.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Auf das Votum von Ruedi Lais: Er hat ja hier schon fast eine Nationalismus-Keule hervorgehoben. Das war jetzt aber wirklich nicht rational und berechtigt in diesem Zusammenhang.

Wir wissen genau, wie Bundesrat Alain Berset sich betreffend Fremdsprachen geäußert hat. Er sagte, dass wenn die Landessprache zu spät kommt, also erst in der Oberstufe, dann würde er eine Bundesregelung machen. Das Harnos-Konkordat geht über das hinaus. Es fordert zwei Fremdsprachen bereits in der Primarschule. Aber der Bund regelt erst, wenn wir die Landessprache in die Oberstufe nehmen. Von dem her

haben diejenigen recht, die eine gewisse Determination hier drin vermuten. Aber der nationale Zusammenhang ist mit dieser Initiative garantiert nicht gefährdet. Und das will auch niemand. Es will gar niemand, dass die Schüler schlechter Fremdsprachen können. Das ist auch nicht der Fall. Und Benno Scherrer beweist es, ich auch und viele hier drin auch, die keine Fremdsprache in der Primarschule hatten. Die Studie beweist es, man kann sogar besser Fremdsprachen lernen, wenn man es im richtigen Moment lernt und mit der notwendigen Intensität lernt. Und darum geht es bei dieser Initiative, wenn die Freude, Esther Guyer, nicht schon in der Primarschule verdorben wird, sondern wenn man sich vielleicht auf etwas Neues freut und das aufgreifen kann. Und darum geht es.

Cäcilia Hänni, Sie haben die Mathematik bemüht am Anfang. Und bei der Mathematik, das lässt man nicht einfach weg, ist der elegante Lösungsweg das Zentrum – der elegante Lösungsweg, wie man zu einem Resultat kommt. Und wenn man sagt, Mehrsprachigkeit, Fremdsprachigkeit ist ein Resultat, dann ist der eleganteste Lösungsweg derjenige, bei dem man es eben mit am wenigsten Aufwand, in der richtigen Zeit, mit «am-meisten-Kinder-an-Bord-halten» macht und da dürfen Sie doch ruhig auf die Erfahrung der Lehrpersonen zählen – alle Lehrerverbände – und diese geben Ihnen mit dieser Initiative einen klaren Hinweis. Bitte unterstützen Sie sie unbedingt.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt. Ich habe einen siebenjährigen Sohn, der, von was auch jetzt dann abgestimmt wird, sicher noch betroffen ist.

Das ist Dialektik pur, was Herr Ruedi Lais soeben von sich gegeben hat. Dialektik pur, Herr Lais, wie heute auch ihr Kollege Vuille (*Christof Vuille, Redaktor*) im Blick. Es ist Dialektik von einer Partei, welche am letzten Samstag den Klassenkampf ausgerufen hat, das Kommunistische Manifest pur jetzt wieder einführen will. Und von «Nationalismus» zu sprechen bei dieser Initiative, das ist ja nicht mehr ernst zu nehmen, Herr Lais.

Schauen Sie, bei zwei Fremdsprachen in der Primarschule – das ist sicher richtig so – haben 30 Prozent kein Problem damit. Ich gehe davon aus, dass mein Sohn auch kein Problem haben wird damit. 30 Prozent tun sich schwer und 30 Prozent können es gar nicht. Das ist so. Und daran wird sich auch nichts ändern, wenn weiter zwei Fremdsprachen gelehrt würden. Aber ich hoffe, dass nur eine gewählt wird, und ich hoffe sehr, dass ich dann die SP, welche vorher mit ihrem Vertreter Lais den Nationalismus billig angegriffen hat, sagen hören werde, ja, wir akzeptieren, was das Volk entschieden hat, und ja, es

braucht das Französisch. Es braucht das Französisch und das hat gar nichts mit Nationalismus zu tun. Es braucht als erste Fremdsprache eine Sprache unseres Landes. Und dass sich da viele schwer tun, das ist so. Aber wir sind dann wieder bei der Diskussion wie heute Morgen bei der Universität. Man muss die Ziele hochsetzen und sie nicht immer nach unten anpassen.

Herr Lais, wir kommen nicht mit einer «Abrissbirne», welche wir auf die Schweiz loslassen. Die Abrissbirne haben Sie am letzten Samstag mit Ihrem kommunistischen Manifest losgelassen. Und siehe da, eine Ständerätin aus dem Kanton Aargau (*Pascale Bruderer*) hat Ihnen ganz klar die Leviten gelesen. Ob es bei Ihnen noch etwas nützt, weiss ich nicht, aber ich gehe davon aus, dass da noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist, und ich gehe davon aus, dass Ihr Votum von vorher auch nicht überall in Ihrer Partei auf Verständnis stösst. Deshalb bitte ich Sie, in Zukunft nicht mehr solche Schlagwörter zu bringen wie «Abrissbirne» und «Nationalismus», wenn man ganz klar die Bedenken von Eltern, Schülern und vor allem der Lehrer – der ZLV hat das heute mit seinem Communiqué klar gemacht – aufnimmt und etwas ändern will. Ich danke Ihnen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg) spricht zum zweiten Mal: Freude ist das wichtigste beim Lernen – ja. Ich erinnere mich noch gut an die leuchtenden Augen meiner Französischschülerinnen und -schüler, als ich das erste französische Wort gesprochen habe in der Sek. Sie hatten nämlich vorher kein Französisch. Welch schnelle Fortschritte haben sie da gemacht, wie motiviert waren die Schülerinnen und Schüler damals.

Heute ist es leider ein bisschen anders. Ich suche die «Früchte», die jetzt zu «reifen beginnen» mit dem neuen Fremdsprachekonzept. Die suche ich vergebens und ich kann Ihnen versichern, liebe SP, es ist nicht so, dass man das gleich vergessen kann, wenn man die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe verschiebt. Nein, früher kam ich sicher gleichweit wie heute, und ich habe zehn Jahre im alten System und ein bisschen mehr als zehn Jahre im neuen System unterrichtet. Ich glaube, ich darf mir da ein Urteil anmassen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich habe dieser Debatte interessiert zugehört, und manchmal habe ich ehrlich gesagt ein bisschen den Eindruck, dass gewisse Ratsmitglieder in diesem Rat wohl noch nie mit einem Romands gesprochen haben. Auf jeden Fall nicht so, dass man sich verstanden hätte.

Ich habe jetzt mehrmals gehört, es sei kein Problem für den nationalen Zusammenhalt, für den Sprachfrieden und wieso wir nun so schwierig täten. Erstens möchte ich Sie darauf hinweisen, wir sind der Kanton Zürich, wir sind nicht der Kanton Thurgau. Wir sind wichtig.

Es wird von der Westschweiz sehr stark darauf geachtet, was für Signale der Kanton Zürich aussendet, denn es ist jedem klar, die Zürcher Umsetzung dieser Initiative wäre, dass das Französisch in die Oberstufe geht. Also, die Sprache unserer «compatriots» ist nicht genug wichtig, als dass wir uns bemühen würden, sie in der Primarschule zu unterrichten. Was ist das für ein Signal? Es ist ein Affront für jeden Romands. Denn, wenn man etwas häufiger mit den Romands zu tun hat, und das habe ich, erkennt man das. Ich arbeite in einer nationalen Firma, ich war anderthalb Jahre lang Teil einer Westschweizer Gruppe, die zwar in der Deutschschweiz gearbeitet hat, aber da lernt man schon seine Kollegen kennen, und man merkt wie gross die Bedeutung ist, dass man mit ihnen eben auch Französisch sprechen kann und dass man ihre Sprache ernst nimmt oder dass sich Kollegen, die vielleicht nicht fließend Französisch sprechen, sich zumindest bemühen. Und was wäre das Zeichen des Kantons Zürich? Man bemüht sich nicht.

Ich würde Ihnen anraten, stimmen Sie im Interesse des nationalen Zusammenhalts Ja. Und denen die glauben, es sei kein Problem, denen würde ich empfehlen, sitzen Sie in den Intercity, fahren Sie nach Genf und nach Lausanne und schauen Sie mal, wie die Leute dort ticken. Es wäre wahrscheinlich noch lehrreich für Sie.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich sehr kurz halten, und zwar nicht auf Französisch, sodass es Rosmarie Joss auch versteht.

Zum Votum von Frau Peter ganz kurz. Ich möchte eine Frage an die Frau Bildungsdirektorin stellen. Wir haben ja von Frau Peter gehört, die Gymi-Aufnahmeprüfungen nach der Primarstufe sollen ja überarbeitet werden: Werden dort die Fremdsprachen ebenfalls Einfluss haben, sodass sie geprüft werden? Danke vielmals.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Initianten fordern die Abschaffung der zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe. Die exakt gleiche Forderung wurde bereits 2006 gestellt. Damals hat das Volk einen Abbau des Fremdsprachenunterrichts klar abgelehnt.

Zürich hat dem Sprachenkompromiss der Harmos-Kantone zugestimmt, das heisst, dass wir nach Einführung des Lehrplans 21 ab der

dritten Primarstufe mit Englisch beginnen und ab der 5. Klasse mit Französisch.

Ich erlaube mir, kurz zwei Argumente der Initianten etwas näher zu beleuchten. Sie machen geltend, die Schülerinnen und Schüler seien mit dem Erlernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert. Diesen Einwand kann man nicht gelten lassen. Dazu gibt es eine noch neuere Studie – aber wahrscheinlich könnten wir uns hier stundenlang diverse Studien um den Kopf schlagen. Im Rahmen der letzten Studie der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz wurde 2014/2015 eine Evaluation durchgeführt. Drei Viertel der befragten Schülerinnen und Schüler gaben an, sich die durch die zwei Fremdsprachen nicht überfordert zu fühlen.

Es wird geltend gemacht, dass der Unterricht in der Primarschule zu sprachenlastig sei. Das bestreite ich. Im neuen Lehrplan 21 machen die Fremdsprachen nur rund 15 Prozent der Unterrichtszeit aus. Die musischen Fächer zusammen mit Sport sind mit 30 Prozent gewichtet. Die Initianten machen überdies geltend, dass die Lehrkräfte gegen zwei Fremdsprachen seien. Das Hearing in der Kommission hat dann aber eigentlich gezeigt, wo der Hase im Pfeffer liegt. Den Initianten geht es ganz klar ums Französisch auf der Primarstufe. Leider brachte man den Mut zur Transparenz in dieser Frage nicht auf. Im Hearing wurde beispielsweise dargelegt – und jetzt müssen Sie gut zuhören, was gesagt wurde –, fremdsprachige Kinder, also solche mit Migrationshintergrund hätten keinen kulturellen Bezug zu dieser Sprache – zum Französisch eben. Der nationale Zusammenhalt könne auch anders gekittet werden. Diese Forderung bedeutet sozusagen, dass wir unsere Lerninhalte an der Primarschule auf fremdsprachige Kinder ausrichten. Es erstaunt mich, dass diese Forderung gerade von Ihnen kommt, meine Damen und Herren (*gemeint ist die SVP-Fraktion*). Das ist eine ziemlich absurde Begründung, zumal Kinder mit Migrationshintergrund beim Erlernen einer weiteren Fremdsprache gegenüber den anderen im Vorteil sind.

Ebenso absurd finde ich, dass gewisse Lehrkräfte in dieser Diskussion geäußert haben, man könnte mit den Kenntnissen der Kinder in Französisch nichts anfangen und müsse von vorne beginnen. Das wiederum, muss ich Ihnen sagen, sehe ich als reines Kollegen-Bashing an: Die Kompetenz der vorherigen Schulstufe wird in Frage gestellt und die Kollegen kritisiert. Oder geht es eben darum, dass gewisse Lehrkräfte mit dem Französisch ein Problem haben?

Meine Damen und Herren, wenn die Initiative angenommen werden sollte, können wir das Französische nicht abschaffen. Es wurde bereits

mehrfach gesagt, auch wenn es ganz offensichtlich der Stein des Anstosses ist. Wir müssten Englisch streichen. Wir haben gehört, dass Bundesrat Alain Berset das Sprachengesetz so revidieren will, dass Artikel 15 den obligatorischen Fremdsprachenunterricht einer Landessprache vorsieht.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Fächer an unseren Schulen sprechen, müssen wir das tun, indem wir einerseits die Sicht der betroffenen Kinder und Eltern und andererseits auch die Bedürfnisse der Gesellschaft berücksichtigen. Die Lebenswelt unserer Kinder ist von Fremdsprachen geprägt. Englisch nehmen sie sozusagen gratis mit. Für Französisch sind sie offen und sie lernen es gerne. Und vielleicht an dieser Stelle einmal ausdrücklich erwähnt: 80 Prozent unserer Jugendlichen und Kinder erreichen die Lernziele nach der obligatorischen Schulzeit ohne weiteres. Wenn wir wegen den anderen 20 Prozent, denen selbstverständlich unsere Aufmerksamkeit auch gehört und die schulisch nicht so stark sind, den Lehrplan anpassen, würde das eigentlich bedeuten, dass wir eine Nivellierung nach unten vornehmen. Viele unserer Kinder sind in der Primarschule unterfordert. Für sie ist der Fremdsprachenunterricht alles andere als eine Last. Diese Ressourcen würden wir einfach vergeuden. Können wir uns das leisten? Es wird mir bei jeder Tagung, bei jeder Gelegenheit das Wort «Fachkräftemangel» an den Kopf geworfen. Also meine Damen und Herren, wie wollen wir dem begegnen? Indem wir weniger unterrichten? Indem wir die Ziele nach unten anpassen?

Die Wirtschaft hat sich in dieser Frage klar positioniert. Wer auf dem heutigen Arbeitsmarkt bestehen will, muss beides können: Französisch und Englisch. Die Wirtschaft hat aber auch klar gemacht, was alles auf der Oberstufe geschult werden soll. Auch da bin ich tagtäglich mit Forderungen konfrontiert: Mehr Algebra, mehr Geometrie, mehr Physik, Berufsvorbereitung und Deutsch stehen da ganz vorne auf der Liste.

Die gleichen Lehrer, die jetzt sagen, Französisch könne man ohne weiteres auf der Oberstufe nachholen, fordern eine Begrenzung der Wochenstunden. Wie wollen Sie das alles unter einen Hut bringen? Primar- und Oberstufe sind als Einheit zu betrachten, und wir müssen schauen, dass wir die Stunden in diesen neun Jahren bestmöglich unterbringen.

Der Kanton Zürich hat in den letzten Jahren viel in die Ausbildung der Lehrkräfte investiert. Sie wissen das, es wurde heute auch schon gesagt. Die Annahme der Initiative würde diese Anstrengungen zumindest teilweise nutzlos machen. Da die Initiative nicht vorschreibt, ob Englisch oder Französisch an der Primarschule wieder abgeschafft

werden soll, entstehen im Fall einer Annahme weitere Fragen und Verunsicherungen.

Ausserdem wären Fehlinvestitionen in zweistelliger Millionenhöhe die Folge, denn seit dem Beschluss der Zürcher Stimmberechtigten von 1986, den Französischunterricht in der Primarschule einzuführen, sind mehr als 30 Millionen Franken allein für die Weiterbildung amtierender Lehrpersonen eingesetzt worden. Falls bei der Annahme der Initiative der Englischunterricht auf die Sekundarstufe verlegt würde, wären die bisherigen Aufwendungen von über 11 Millionen Franken für die Einführung des Englischunterrichtes auf der Primarstufe umsonst gewesen. Für beide Sprachen sind zudem neue, stufengerechte und allseits beliebte und anerkannte Lehrmittel entwickelt worden, die so nicht mehr verwendet werden könnten. Ich möchte an dieser Stelle keinen Hehl aus meiner Begeisterung für das neue Französischlehrmittel «Dis donc» machen. Dieses Instrument wird den Zugang zum Französisch erleichtern und den Lehrpersonen beim Unterricht behilflich sein. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Initiative abzulehnen.

Die Frage von Rochus Burtscher wird der Bildungsrat entscheiden. Ich werde als Präsidentin des Bildungsrates jenen Hut dann an der Sitzung, in der dann darüber befunden wird, anziehen. Heute habe ich denjenigen der Regierungsrätin an. Ich danke Ihnen.

Detailberatung

Titel und Vorbemerkungen

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

I.

Minderheitsantrag von Anita Borer, Rochus Burtscher, Matthias Hauser, Peter Preisig, Erich Vontobel in Vertretung von Hans Peter Häring und Christoph Ziegler:

I. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, die dem Begehren der Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» entspricht.

Ratspräsident Rolf Steiner: Ich gehe davon aus, dass das Wort nun nicht mehr gewünscht wird. Das ist der Fall.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst 96 : 68 Stimmen (bei 5 Enthaltungen), dem Kommissionsantrag zuzustimmen. Damit hat der Kantonsrat die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen.

II., III. und IV.

Keine Bemerkungen; so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes***Rücktrittserklärungen***

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Johannes Zollinger, Wädenswil

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben: «Gesuch um Genehmigung des vorzeitigen Rücktritts.

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Ich ersuche um Genehmigung des vorzeitigen Rücktritts aus dem Kantonsrat auf Ende 2016.

Mit freundlichen Grüssen

Johannes Zollinger.»

Ratspräsident Rolf Steiner: Kantonsrat Johannes Zollinger, Wädenswil ersucht um vorzeitigen Rücktritt gestützt auf Paragraf 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Gesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per Ende 2016 ist genehmigt. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) von Martin Haab, Mettmenstetten

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben: «Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Vor ein paar Wochen hat sich der ehemalige CVP-Kantonsrat Franco Albanese aus eigenem Antrieb und nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, die CVP zu verlassen und zur SVP überzutreten. Entrüstung und Wut in den Reihen der CVP waren die Folge: «Albanese muss als Kantonsrat zurücktreten, sein Sitz gehört der CVP» und ähnliches war zu hören.

Das alles ist Vergangenheit, die Wogen haben sich ein bisschen gelegt. Wenn schon nicht den Sitz als solchen, so wollte und will die CVP ihren Sitz in der WAK wieder zurück. In der WAK hat die SVP durch den erfreulichen Zuzug sechs Mandate inne, die CVP dagegen keines mehr.

Abklärungen haben ergeben, dass es wohl rechtlich keine zwingenden Gründe gibt, allein durch Parteiübertritte erfolgte Sitzverschiebungen während der Amtsdauer zu korrigieren. Die WAK-Vertretung der SVP-Fraktion kommt jedoch nach längerer Diskussion zum Schluss, dass es für die bürgerliche Politik insgesamt und dem Parteienfriede zuliebe sinnvoll ist, den Parteienproporz auch nach Verschiebung in einer Kommission freiwillig wieder herzustellen.

Aus diesen Überlegungen gebe ich Ihnen hiermit meinen Rücktritt auf Ende Jahr bekannt.

Mit der Bitte um erfreute Kenntnisnahme, vor allem auf der Seite der CVP, verbleibt mit freundlichen und kollegialen Grüssen

Martin Haab»

Ratspräsident Rolf Steiner: Wir nehmen diesen Rücktritt zur Kenntnis und ich beauftrage auch hier die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Kredit für Erweiterungsmodul zum PJZ**
Motion Daniel Frei (SP, Niederhasli)
- **Durchsetzung der Arbeitszeiterfassung schützt Unternehmen und Arbeitnehmende**
Postulat Michèle Dünki (SP, Glattfelden)

- **Flugverkehrs-Emissions-Studie des Kantons Genf – was lernt der Kanton Zürich daraus?**
Interpellation *Michèle Dünki (SP, Glattfelden)*
- **Entwicklung der individuellen Prämienverbilligung**
Dringliche Anfrage *Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)*
- **Psychiatrische Gutachten und Strafverfolgung**
Anfrage *Markus Bischoff (AL, Zürich)*
- **Fachkräftemangel in der IT – Hausgemacht oder bittere Realität?**
Anfrage *Erika Zahler (SVP, Boppelsen)*
- **Familienfreundliche Kadermodelle in der kantonalen Verwaltung**
Anfrage *Silvia Rigoni (Grüne, Zürich)*
- **Racial Profiling**
Anfrage *Manuel Sahli (AL, Winterthur)*
- **Asylfürsorge statt Sozialhilfe von vorläufig Aufgenommenen und ihre Folgen für die Gemeinden**
Anfrage *Astrid Furrer (FDP, Wädenswil)*

Schluss der Sitzung: 12.15 Uhr

Zürich, den 14. November 2016

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 19. November 2016.